

E+Z

MONATLICHES E-PAPER

ENTWICKLUNG UND
ZUSAMMENARBEIT

DEVELOPMENT AND
COOPERATION

E+Z

D+C

Internationale
Zeitschrift

ISSN
2366-7249

Dezember 2019

RURBANOMICS

Revitalisierung ländlicher
Räume durch bessere
Infrastruktur

GESCHICHTE

Neues Buch über Dag
Hammar skjölds Tod und
sein Wirken in Afrika

ISLAM

Blasphemie-Gesetze
sind unvereinbar mit
Menschenrechten



Warum die Welt die EU braucht

Monitor

Kommunikation in humanitären Krisen | Pro und contra: Technologien zur Manipulation des Klimasystems | Wie Sozialunternehmer Kapital sammeln können | Ideen der Afrikanischen Entwicklungsbank zur Schaffung von Arbeitsplätzen | Heutzutage: Kleinste Ethnie in Burundi kämpft um Mitsprache | Impressum

4

Debatte

Kommentare zu Diskriminierungsvorwürfen gegenüber Twitter in Indien und zu der aktuellen Protestwelle im Nahen Osten und Nordafrika

10

Tribüne

SHENGGEN FAN UND OUSMANE BADIANE

Bessere Infrastruktur und mehr Arbeitsplätze führen zur Revitalisierung des ländlichen Raums

13

HANS DEMBOWSKI

Wirken und Tod des ehemaligen UN-Generalsekretärs Dag Hammarskjöld

15

THOMAS KRAPP

Gesetze gegen Blasphemie, Religionsbeleidigung und Abfall vom Glauben sind unvereinbar mit den Menschenrechten

17

Schwerpunkt: Warum die Welt die EU braucht

GERD MÜLLER

Die europäische Entwicklungspolitik muss gestärkt werden

20

CIARÁN Ó MAOLÁIN

Dank regionaler Integration im EU-Kontext wurde die britisch-irische Grenze zunehmend obsolet, aber ob der Frieden den Brexit überdauert, ist offen

22

INTERVIEW MIT SALEEMUL HUQ

Bengalisch-britischer Wissenschaftler beurteilt die Rolle der EU in internationalen Klimaverhandlungen

24

FRIEDRICH KAUFMANN UND WINFRIED BOROWCZAK

Wirtschaftspartnerschaftsabkommen mit der EU bietet Mosambik Chancen, die das Land allerdings auch ergreifen muss

26

INTERVIEW MIT DIRK MESSNER

Die EU ist derzeit kein überzeugendes Vorbild supranationaler Koordination, kann – und sollte – das aber werden

28

MOUTAZ ALI UND WALID ALI

Libyer bewundern die Europäer für das, was sie erreicht haben, fühlen sich aber zugleich von ihnen im Stich gelassen

30

HANS DEMBOWSKI

Fachliteratur: Klaus Kiran Patel zeigt auf, dass die EU immer wieder auf Krisen reagierte und sich dabei inkremental weiterentwickelte

32

SCHWERPUNKT

Warum die Welt die EU braucht

Investition in die Zukunft

Deutschland will die EU-Ratspräsidentschaft von Juli bis Dezember 2020 dazu nutzen, Europas Außenbeziehungen mitzugestalten und die europäische Entwicklungspolitik – besonders in Bezug auf Afrika – zu stärken. Das schreibt Gerd Müller, Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.

SEITE 20

Irischer Frieden in Gefahr

Die Dekolonialisierung hat vielerorts zu willkürlichen Grenzen geführt und so andauernde Konflikte geschaffen. Der ehemaligen Kolonialmacht Britannien macht die Grenze zu schaffen, die sie selbst quer durch Irland gezogen hat. Dank der EU wurde sie immer obsoleter. Ob der irische Frieden den Brexit überlebt, ist allerdings offen, warnt der irische Journalist Ciarán Ó Maoláin.

SEITE 22

„Wir schwimmen gegen die Flut“

Der Wissenschaftler Saleemul Huq aus Bangladesch verfolgte die internationalen Klimaverhandlungen von Anfang an. In seinen Augen ist das multilaterale System gescheitert. In unserem Interview beurteilt er die Rolle der EU.

SEITE 24

Chancen ergreifen

Handel kann Entwicklung vorantreiben. Seit 2018 könnte Mosambik von einem Wirtschaftspartnerschaftsabkommen mit der EU profitieren. Es bietet Chancen, die das Land allerdings auch ergreifen muss, fordern Friedrich Kaufmann von der Deutschen Außenhandelskammer und der Berater Winfried Borowczak.

SEITE 26

„Täumelnder Kontinent“

Die EU hat eine wichtige Rolle in der Weltpolitik. Laut Dirk Messner von der UN University sind fünf Politikbereiche besonders wichtig: Multilateralismus, Handel, Digitalisierung, Umwelt und Frieden. Ob die EU dem gewachsen ist, muss sich noch zeigen, sagte er im Interview.

SEITE 28

Libysche Sicht

Die Libyer haben gemischte Gefühle gegenüber der EU. Sie bewundern die Europäer für das, was sie erreicht haben, fühlen sich aber im Stich gelassen, etwa mit den Flüchtlingen. Der Journalist Moutaz Ali und der Außenpolitikexperte Walid Ali zeigen die Ambivalenz auf.

SEITE 30

Mehr als die Summe ihrer Teile

Die Europäische Union (EU) ist ein weltweit einzigartiger Bund, in dem unabhängige Staaten gemeinsam Souveränität ausüben. Sie hat ihre eigene Exekutive – die Europäische Kommission –, ein Parlament und einen Gerichtshof. Die Gesetze, die die EU erlässt, sind bindend: Alle Mitgliedsländer müssen sie in ihre nationale Gesetzgebung überführen. Außerdem beinhaltet die EU eine Währungsunion. Die Gemeinschaft besteht aus Demokratien, die die Menschenrechte achten und die Gleichstellung der Geschlechter vorantreiben. Seit kurzem besetzen Frauen zwei der wichtigsten Positionen: Ursula von der Leyen als Kommissionspräsidentin und Christine Lagarde als Präsidentin der Europäischen Zentralbank.

Die EU ist von großer Bedeutung für Europa selbst, aber auch für die Weltgemeinschaft. Sie ist Handelsweltmacht, gehört zusammen mit den Mitgliedern zu den größten Gebern von Entwicklungshilfe (official development assistance – ODA) und spielt eine Vorreiterrolle beim Klimaschutz. Im Vergleich dazu ist sie militärisch ein Zwerg.

Der EU wird häufig vorgeworfen, sie werde von nicht gewählten Bürokraten regiert. Das ist stark übertrieben. Technokraten sind in Brüssel zwar wichtig, das liegt aber auch daran, dass hochkomplexe Themen behandelt werden und Europas viele Sprachen keine einheitlichen Rechtsbegriffe haben. Demokratische Legitimität besitzt die EU hingegen sehr wohl: Das EU-Parlament wird gewählt. Das Gleiche gilt für die Regierungen der Mitgliedsländer, deren Chefs im Europäischen Rat zusammensitzen. Parlament und Rat entscheiden darüber, wer die EU-Institutionen leitet.

Trotzdem mag die Politik der EU zuweilen willkürlich erscheinen – besonders in Krisenzeiten. Für manche Probleme stehen weder Lösungen noch geeignete Verfahren bereit. Dann einigen sich die Top-Politiker der Mitgliedsstaaten oft auf ad hoc einberufenen Gipfeltreffen. Das stellt in der Tat ein Demokratiedefizit dar, denn die gewählten Abgeordneten sind nicht beteiligt, und die im Rat erzielten Kompromisse sind kaum zurückzudrehen. Wichtige Entscheidungen erfordern allerdings sehr breite Mehrheiten.

Die EU hat zweifellos ihre Schwächen. Sie hat weder die Euro- noch die Flüchtlingskrise gut gelöst. Und sie unterliegt ständiger Veränderung. Ihre Stärken sind aber ebenfalls beachtlich. Die Freizügigkeit innerhalb der EU ist großartig. Der gemeinsame Binnenmarkt bietet wesentlich mehr Chancen als einzelne nationale Märkte. Die enge Zusammenarbeit sichert Frieden auf dem früher ständig von Kriegen erschütterten Kontinent. Und dank der EU haben die Mitgliedsstaaten größeren globalen Einfluss, als sie alleine hätten. Wie stark die Gemeinschaft ist, wurde zuletzt daran deutlich, dass sie nach dem Brexit-Referendum nicht auseinanderfiel. Im Gegenteil: Ihr Zusammenhalt ist gewachsen, während unter den Briten die Zweifel am EU-Austritt zunahmen.

Die EU nutzt nicht nur Europa, sondern der gesamten Menschheit. Wir stehen vor riesigen globalen Herausforderungen: massive Umweltzerstörung, massenhafte Armut, wachsende Ungleichheit, Kriegsgefahren. Engstirniger Nationalismus verschärft das alles. Die EU ist – trotz ihrer Schwächen – der Beweis dafür, dass supranationale Politik gelingen kann. Sie schwächt die Mitglieder nicht, sondern stärkt ihre Fähigkeit, Ziele zu erreichen – und an globalen Agenden wie den Zielen für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals – SDGs) mitzuwirken.

► **Alle Schwerpunkttexte und weitere Beiträge zum Thema stehen auch auf unserer Website und sind ab nächsten Monat in unserem Dossier zu finden.**



KATJA DOMBROWSKI
ist Redakteurin von **E+Z**
Entwicklung und Zusammenarbeit/
D+C Development and Cooperation.
euz.editor@dandc.eu

Fotos: picture-alliance/Xinhua; Gilling/Lineair

Debatte



Arabellion reloaded

In mehreren Ländern des Nahen Ostens und Nordafrikas erheben sich Protestwellen, die an den Arabischen Frühling 2011 erinnern. Nur durch die Lösung der sozialen Frage und die Befriedung der regionalen Konflikte wird eine nachhaltige Entwicklung möglich sein. Europa muss sich in eigenem Interesse an der Lösung dieser Probleme beteiligen, findet der Ökonom Nassir Djafari.

SEITE 11

Tribüne



Rurbanomics

Ländliche Gegenden müssen produktiver, klimaresilienter und attraktiver werden. Ihre Revitalisierung erfordert bessere Infrastruktur und bessere Chancen. Nachhaltigkeit gelingt dann, wenn die Vorteile städtischer und ländlicher Räume miteinander verknüpft werden, meinen Shenggen Fan und Ousmane Badiane vom International Food Policy Research Institute (IFPRI).

SEITE 13

Kampfbegriff „Blasphemie“

Das Strafrecht vieler überwiegend muslimischer Länder ahndet Gotteslästerung (Blasphemie), Religionsbeleidigung und Abfall vom Glauben (Apostasie). Solche Gesetze sind nicht mit den Menschenrechten vereinbar und werden häufig missbraucht, mahnt der Menschenrechtsanwalt Thomas Krapf.

SEITE 17

NOTFALLMASSNAHMEN

Kommunikation in humanitären Krisen

Bei Katastrophen bedeutet Nothilfe in der Regel die Bereitstellung von Nahrung, Wasser, Unterkunft und medizinischer Versorgung. Aber Menschen benötigen auch zuverlässige Informationen – sie müssen wissen, wo sie in Sicherheit sind, ob ihre Familien am Leben sind und wie sie Hilfe erhalten können.

Von Sheila Mysorekar

Krieg, Naturkatastrophen, Vertreibung oder Verfolgung – es gibt viele Gründe, warum Menschen aus ihrer Heimat fliehen müssen. Die meisten verlieren all ihre Habe und sind plötzlich auf Hilfe angewiesen. Nahrung und Unterkunft sind überlebenswichtig, aber Menschen brauchen mehr als das. Sie benötigen zeitnahe, relevante und verlässliche Informationen, um die angebotene Hilfe zu finden. Darüber hinaus müssen sie ihre Bedürfnisse und Wünsche äußern können. Wenn sie nicht befähigt werden, zur Lösung humanitärer Notlagen beizutragen, werden diese Probleme weiter gären.

Hilfsorganisationen haben Strategien, um damit umzugehen. „Communication and community engagement“ (CCE) wird zunehmend als ein notwendiges und zentrales Element jeglicher humanitärer Interventionen betrachtet. Erzwungene Migration ist oft eng mit humanitären Krisen verbunden. Beide Szenarien brauchen CCE; es ist ebenso wichtig wie die Bereitstellung von Nahrung, Kleidung und Medizin, vor allem, weil es den Zugang zu all diesen Dingen möglich macht. Das Feedback der notleidenden Menschen hilft wiederum den Hilfsorganisationen, effektiver zu arbeiten.

Das internationale Netzwerk „Communicating with disaster affected communities“ (CDAC) verbindet mehr als 30 Organisationen aus den Bereichen Nothilfe, Medienentwicklung, soziale Innovation, Technik und Telekommunikation. Es zielt darauf ab, „durch Kommunikation, Informationsaustausch und Community Engage-

ment Leben zu retten und Hilfe effektiver zu machen“. CDAC fördert das CCE-Konzept. Zu seinen Mitgliedern gehören das Internationale Rote Kreuz (ICRC), das UN-Kinderhilfswerk (UNICEF), aber auch BBC Media Action und die DW Akademie.

DIE RICHTIGE SPRACHE WÄHLEN

Es gibt viele Aspekte der Kommunikation. Einer wird oft übersehen: Sprache. Menschen, die aus ihrer Heimat fliehen, landen oft an Orten, wo sie die lokale Sprache nicht beherrschen. Sie können weder mit ihren neuen Nachbarn noch mit Hilfsorganisationen kommunizieren. In diesen Fällen kann Translators without Borders (TWB – Übersetzer ohne Grenzen) helfen, eine Non-Profit-Organisation, die weltweit Sprach- und Übersetzungsdienste für Hilfswerke und

zivilgesellschaftliche Organisationen anbietet. „Sprachbarrieren erschweren lebenswichtige humanitäre Interventionen“, sagt TWB-Beraterin Mia Marzotto.

Ein Beispiel, bei dem TWB erfolgreich eingriff, war die Rohingya-Krise. 2017 flohen hunderttausende Angehörige dieser ethnischen Minderheit aus ihrem Heimatland Myanmar über die Grenze nach Bangladesch. Die Rohingya-Sprache ist eng verwandt mit Bengali, aber die Annahme, dass die Geflüchteten den Dialekt der Region Chittagong verstehen könnten, wohin sie geflohen waren, erwies sich als falsch. Die meisten verstanden nicht einmal einfache Sätze auf Chittagonisch. An dieser Stelle kam TWB ins Spiel. „Informationen in der falschen Sprache sind nutzlos“, erklärt Marzotto.

Jegliche Information für Geflüchtete muss in ihren Sprachen erfolgen. „Handbook Germany“ ist ein preisgekröntes Projekt, das eine mehrsprachige Website betreibt. Sie nutzt Englisch, Arabisch, Persisch, Deutsch, Türkisch, Französisch und Paschtu und bietet den Neuankömmlingen alles an, was sie über ihr Gastland wissen müssen. Darunter sind beispielsweise Informationen über Recht und Gesetz, Bildung, Gesundheit und Versicherung. Alle Erstauf-



Experten bei der Konferenz „Beyond the crisis“ in Bonn.



Rohingya-Flüchtlinge in Bangladesch: Die Sprachen ähneln sich, aber nicht genug, um sich gegenseitig zu verstehen.

nahmeeinrichtungen in Deutschland nutzen „Handbook Germany“.

Die iranische Journalistin Mahdis Amiri lebt in Berlin und arbeitet bei „Handbook Germany“. „Wir wollen eng mit unserer Zielgruppe – kürzlich angekommene Geflüchtete – zusammenarbeiten“, sagt sie. Die Website ist der Nutzung auf Smartphone und per Social Media angepasst. „Wir nutzen auch Videos, um leicht zugängliche Informationen zu schaffen“, erklärt Amiri.

In Katastrophenfällen sind sowohl Hilfswerke als auch Medienorganisationen im Einsatz, aber sie tauschen sich selten über Möglichkeiten der Zusammenarbeit aus. Um das zu ändern, lud die DW Akademie kürzlich zu einer internationalen Konferenz in Bonn ein. Teilnehmende aus 24 Ländern diskutierten unter dem Motto: „Beyond the crisis: communication, engagement and accountability in forced migration settings.“

EXIL UND INTERNATIONALE BEMÜHUNGEN

Shakila Ebrahimkhil ist eine bekannte afghanische Journalistin im Exil. Bei der Konferenz betonte sie, dass die Perspektive der Geflüchteten sehr wichtig sei. „Ich wollte nie mein Land verlassen“, sagt Ebrahimkhil. 2016 wurden jedoch bei einem Angriff der Taliban sieben ihrer Kollegen getötet und 25 verletzt. Ebrahimkhil wurde mit dem Tode bedroht und musste Afghanistan verlas-

sen. Mit ihren drei Kindern machte sie sich auf den gefährlichen Weg nach Europa. Sie wusste von Fliehenden, die ertrunken waren, aber sie sagt: „Ich musste diese Gefahren akzeptieren, weil ich keine Wahl hatte.“ In Ungarn wurden ihre Kinder und sie von der Grenzpolizei verhaftet. Als diese ihren beiden minderjährigen Kindern Handschellen anlegten, flehte Ebrahimkhil sie an: „Migration ist kein Verbrechen!“

Menschen, die wie Ebrahimkhil lesen und schreiben können, sind sich bewusst, wie riskant eine Flucht ist. Sie haben Zugang zu Informationen, beispielsweise durch soziale Medien. Analphabeten haben diese Möglichkeit nicht. Ebrahimkhil glaubt jedoch, dass die Menschen auch mit verlässlichen Informationen weiterhin fliehen würden, weil die einzige Alternative der Krieg wäre, dem sie verzweifelt zu entkommen versuchen. Mehr als 6 Millionen Afghanen seien vertrieben worden.

Sobald Flüchtlinge ein anderes Land erreichen, brauchen sie dringend Informationen über ihr neues Zuhause und wo sie Hilfe bekommen können. Es kann jedoch Jahre dauern, bevor gut funktionierende Kommunikationskanäle für sie aufgebaut sind. Dies trifft selbst für das UN-Flüchtlingshilfswerk UNHCR zu, meint Jerome Serengi, der für UNHCR im Libanon arbeitet. Serengi hat ein Kommunikationsnetzwerk zwischen seinem Hilfswerk und syrischen Geflüchteten im Libanon aufgebaut. Es ist ein großer Vor-

teil, dass alle Beteiligten die gleiche Sprache sprechen: Arabisch. Viele Menschen wechseln aber den Ort, und es kommen permanent neue Flüchtlinge an, „deswegen ist es nicht leicht, sicherzustellen, dass alle Menschen alle wichtigen Informationen bekommen“, erklärt Serengi. Er ist jedoch stolz darauf, dass der Kommunikationskanal im Libanon dezentralisiert und wechselseitig ist. „Wir wollen auch wissen, was die Geflüchteten benötigen“, sagt er.

Internationale Organisationen wie UNHCR spielen eine zentrale Rolle bei der Umsetzung internationaler Vereinbarungen wie des „Global Compact for Safe, Orderly and Regular Migration“ (GCM). Diese Vereinbarung von 2016 erfasst alle Dimensionen der internationalen Migration in einer ganzheitlichen und übergreifenden Art und Weise. Sie soll:

- internationale Zusammenarbeit bei der Lenkung von internationaler Migration unterstützen,
- ein umfassendes Angebot von Optionen für Staaten bieten, so dass sie Lösungsstrategien für die dringendsten Probleme auswählen können und
- Staaten den Raum und die Flexibilität gewähren, Strategien entsprechend ihrer Möglichkeiten umzusetzen.

Die Teilnehmenden der Bonner Konferenz waren sich einig, dass gute Kommunikation und Community Engagement ausschlaggebende Komponenten des Migrations-Managements sind. Diese Themen müssen intensiver bearbeitet werden, mit einem besonderen Fokus darauf, Migranten und Geflüchtete in die Analyse und Lösungssuche einzubinden. Laut Marian Casey-Maslen, Geschäftsführerin des CDAC-Netzwerkes, „müssen wir die Rolle von Medienentwicklung im Kontext erzwungener Migration stärken“. Ihrer Ansicht nach muss die internationale Gemeinschaft von dem erhöhten Vernetzungsgrad des digitalen Zeitalters profitieren.

LINKS

Communicating with disaster affected communities (CDAC):

<http://www.cdacnetwork.org/>

Global Compact on Migration:

<https://www.iom.int/global-compact-migration>

Translators without Borders:

<https://translatorswithoutborders.org/>

Handbook Germany:

<https://handbookgermany.de/de.html>

CLIMATE ENGINEERING

Zeit gewinnen

Entscheidungsträger haben noch immer keine umfassenden Strategien zur Reduzierung von Treibhausgasemissionen. Unterdessen untersuchen Wissenschaftler, wie das globale Klima manipuliert werden kann, um einen bewohnbaren Planeten zu erhalten. Dabei wirft Climate Engineering höchst umstrittene moralische Bedenken auf.

Von Floreana Miesen

Einige der optimistischeren Klimaszenarien des Weltklimarats (International Panel on Climate Change – IPCC) basieren auf einer deutlichen, zeitnahen Reduzierung von Treibhausgasemissionen. Angesichts der derzeit schwachen Minderungsmaßnahmen sind diese Szenarien jedoch nicht sehr realistisch. Im November unterzeichneten mehr als 11 000 Wissenschaftler aus aller Welt eine Erklärung über eine globale Klimakrise. Ihr zufolge ist ein umfassender Wandel dringend erforderlich.

Eine Möglichkeit, die Erderhitzung zu bekämpfen, könnten gezielte technologische Manipulationen des Klimasystems sein. Climate Engineering, auch Geo-Engineering genannt, ist die Nutzung von Aerosolen und künstlicher Wolkenproduktion, um die Sonneneinstrahlung ins All zu reflektieren. Schwefelinjektionen in die Atmosphäre simulieren natürliche Effekte von Vulkanausbrüchen, die in der Vergangenheit nachweislich die globalen Lufttemperaturen gesenkt haben.

Befürworter bezeichnen Climate Engineering als das geringere Übel im Vergleich zu den dramatischen Folgen eines unbekämpften Klimawandels. Falls Reduzierungsstrategien scheitern, könnten neue Technologien als Plan B dienen. Es bleibt jedoch unklar, wie ein solches Scheitern definiert ist und wann der Zeitpunkt für die Umsetzung von Alternativen erreicht ist.

Auf jeden Fall sollte jetzt in Forschung investiert werden, sagt Andreas Stamm vom Deutschen Institut für Entwicklungspolitik (DIE). Seiner Meinung nach ist Climate Engineering ein verantwortungsvoller Ansatz. „Wir brauchen dringend bahnbrechende

Innovationen, ob wir sie nun nutzen oder nicht. Wenn wir uns jetzt nicht für diese Technologien entscheiden, ist es vielleicht zu spät“, sagte Stamm auf einer vom DIE organisierten Podiumsdiskussion im Herbst.

Während also einige Experten argumentieren, dass es unsere Verantwortung gegenüber zukünftigen Generationen sei, jetzt angemessene Technologien zu entwickeln, warnen andere, dass es verantwortungsvoller wäre, in Zukunft davon abzusehen, potenziell neue Risiken zu schaffen.

Im hochkomplexen Erdsystem könnte Climate Engineering tatsächlich unvorhersehbare Nebenwirkungen haben, erklärt Ulrike Niemeier vom Max-Planck-Institut für Meteorologie in Hamburg. Die tropische Konvergenzzone, heute die Region der Regenwälder, würde wahrscheinlich kühler und trockener werden. Regionale Ökosysteme könnten schwer beeinträchtigt werden. Einige Regionen könnten daher unter Climate Engineering leiden, obwohl sich das globale Klima stabilisieren würde, warnt Niemeier.

Darüber hinaus zeigen Modellierungen, dass bei einem plötzlichen Abschalten des Climate Engineering die Temperaturen

innerhalb kürzester Zeit schnell ansteigen würden. Deshalb darf einmal implementiertes Climate Engineering nicht einfach gestoppt werden. Das schafft eine Zwangslage für zukünftige Generationen.

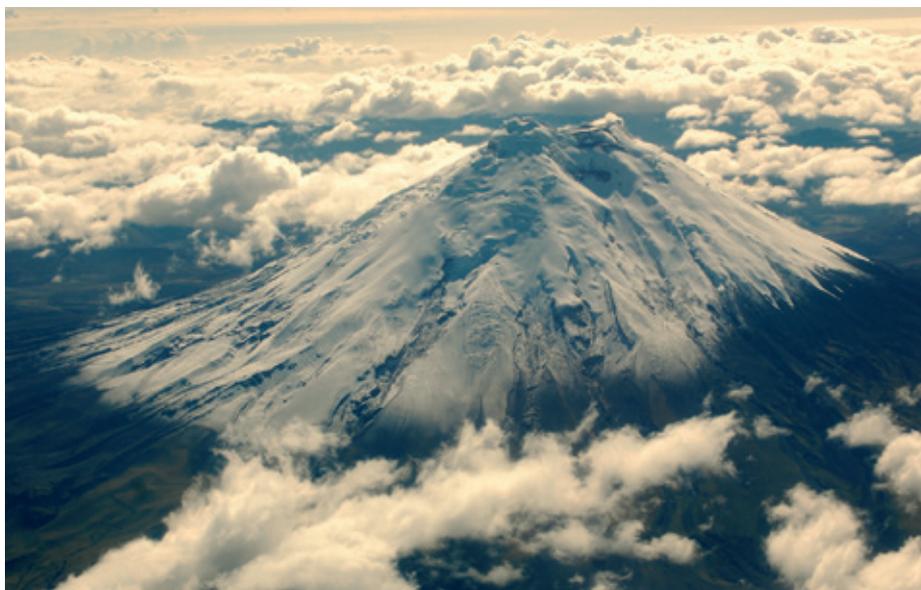
Die globale Reichweite des Climate Engineering wirft auch politische Bedenken auf. So droht Ungerechtigkeit, wenn sich Macht in den Ländern konzentriert, die sich eine Umsetzung leisten können. Um Konflikte zu vermeiden, seien internationale Vereinbarungen und gemeinsame Governance deshalb dringend erforderlich, argumentiert Niemeier.

Für die Rostocker Umweltethikerin Frederike Neuber sind Klimaschutz und Climate Engineering keine alternativen Ansätze, sondern Ergänzungen. Climate Engineering dürfe nicht als Ersatz für Reduzierungsmaßnahmen missbraucht werden und damit ein Fortführen ausbeuterischer Konsum- und Produktionsmuster fördern. „Reduzierung ist die einzige Strategie, die der eigentlichen Ursache des Problems entgegenwirkt. Es sollte die oberste Verantwortung und vor allem Verpflichtung sein“, betont Neuber.

LINK

World Scientists' Warning of a Climate Emergency:

<https://academic.oup.com/bioscience/advance-article/doi/10.1093/biosci/biz088/5610806>



Ziel von Climate Engineering ist es, die natürliche Kühlwirkung von Sulfat aus Vulkanausbrüchen auf die Atmosphäre zu simulieren. Vulkan Cotopaxi in Ecuador.

SOZIALUNTERNEHMEN

Finanzierung schaffen

Viele Sozialunternehmer haben Schwierigkeiten, für ihre Geschäftsideen genügend Kapital zu sammeln. Andersherum finden Investoren, die in Sozialunternehmen investieren wollen, häufig keine für sie passenden Unternehmen. Wie man diese Schieflage beheben kann, beleuchtet ein Bericht der Siemens Stiftung.

Von Linda Engel

Neue Transportmöglichkeiten im ländlichen Raum, bessere Vermarktung für Kleinbauern oder digitale Gesundheitsberatung: die Felder für Sozialunternehmer sind weltweit vielfältig. Ihr Anspruch ist, gesellschaftlichen Wandel voranzutreiben und gleichzeitig profitabel zu wirtschaften. Gerade in der Startphase stehen Sozialunternehmer aber häufig vor der Herausforderung, genügend Kapital zu erhalten.

„Hypothetisch gesprochen, gibt es genügend Geld auf dem Markt, um in Sozialunternehmer zu investieren. Und es gibt Hunderttausende von Unternehmern, die Geld brauchen. Es besteht ein Ungleichgewicht zwischen den zwei Seiten, die sich aus irgendeinem Grund nicht finden und zusammenarbeiten“, sagte Franziska Reh von Uncap – Unconventional Capital, einem Start-up, das innovative Finanzierung für junge Unternehmer in Subsahara-Afrika bietet, in einem Interview mit der Siemens Stiftung.

Die Gründe hierfür sind vielfältig. Laut Patricia Jumi, der Geschäftsführerin von GrowthAfrica, haben die Gründer Schwierigkeiten, sich selbst und ihre Ideen zu präsentieren. GrowthAfrica unterstützt junge Unternehmer in Afrika. Viele Stiftungen haben bereits Förderprogramme, um die Fähigkeiten der Unternehmer zu stärken. Doch häufig kommt es auch schlicht deshalb nicht zu einer Finanzierung, weil etwa die Unternehmerin aus Südafrika und der deutsche Investor sich nie begegnen. Die Sozialunternehmer sind noch nicht genügend bekannt, um über Kontinente hinweg Aufmerksamkeit zu erlangen. Weitere Hürden sind kulturelle Unterschiede und

fehlendes Verständnis von Investoren für Märkte und ihre Potenziale.

„Investoren haben ihre eigenen Kriterien, was es heißt, investmentbereit zu sein (...). Manchmal fühlt es sich fast nach verdeckten Kriterien an, die wahrscheinlich eher auf einem Bauchgefühl basieren. Dies führt zu Verwirrung zwischen den Investoren und Unternehmern“, so Jumi im Interview mit der Siemens Stiftung. Reh und Jumi waren zwei von mehr als 40 Teilnehmenden des Runden Tisches zu Innovativer Finanzierung für Sozialunternehmer der Siemens Stiftung und des gemeinnützigen Vereins enpact im Juli in Kairo. Dabei standen standardisierte Lösungen für Investoren im Vordergrund. Denn die handverlesene Suche nach einem Investor für jeden Sozialunternehmer ist ineffizient und teuer. Über standardisierte Lösungen hingegen soll ein sozialer Wandel in großem Maßstab stattfinden.

Die Teilnehmenden arbeiteten vor allem das große Potenzial digitaler Plattformen heraus. Online könnten sich Sozialunternehmer und Investoren teilautomatisiert finden. Dadurch würde die zeitaufwendige Sorgfaltsprüfung der Investoren günstiger und effizienter. Idealerweise würde die Vorauswahl geeigneter Kandidaten auf der Aus-

wertung von Daten und Fakten und nicht auf diffusen Vorurteilen basieren. Voraussetzung der auf maschinellem Lernen basierenden Plattformen sind allerdings große Datensätze. Diese stehen nicht in jedem Land und in jeder Branche zur Verfügung.

Eine andere innovative Möglichkeit könnten Finanzierungsinstrumente wie beispielsweise Fonds sein, die Gelder aus unterschiedlichen Quellen bündeln und maßgeschneidert an einzelne Sozialunternehmer vergeben. Denn landwirtschaftliche Unternehmen haben andere Bedarfe als beispielsweise Unternehmen im Gesundheitsbereich. Laut dem Siemens-Bericht könnte die Bündelung solcher Gelder entlang bestimmter Regionen oder Sektoren entstehen. So würden die Investoren angelockt, die genau in diesem Bereich wirken wollen. Diese Form der Finanzierung könnte auch für viele Stiftungen hilfreich sein. Denn diese können aufgrund ihrer Regularien häufig nur schwer in Sozialunternehmen investieren. Gerade Stiftungen sollten aber laut dem Bericht ihr Standing nutzen, um mehr privates Kapital für Mischfinanzierungen anzuziehen.

LINK

Siemens Stiftung, 2019: Innovative Financing for Social Entrepreneurs. Results and Reflections from the Round Table in Cairo.
https://www.empowering-people-network.siemens-stiftung.org/fileadmin/user_upload/Publications/SiemensStiftung_Report_Round_Table_Cairo_2019_SCREEN_final.pdf



Arbeitsgruppe beim Runden Tisch zu Innovativer Finanzierung für Sozialunternehmer der Siemens Stiftung und des gemeinnützigen Vereins enpact im Juli in Kairo.

AFDB-STUDIE

12 bis 15 Millionen Jobs

Laut Schätzungen der Afrikanischen Entwicklungsbank (African Development Bank – AfDB) sind auf dem afrikanischen Kontinent etwa zwei Drittel der Erwerbsfähigen arbeitslos oder nicht ihrer Qualifikation entsprechend beschäftigt. Junge Menschen und vor allem Frauen seien besonders betroffen. Die multilaterale Institution schlägt politische Strategien vor, die schnell zu mehr Jobs führen können.

Von Florian Gaisrucker

Im Oktober veröffentlichte die AfDB einen Flagship-Report über den afrikanischen Arbeitsmarkt. Im Eingangskapitel fasst AfDB-Chefökonom Célestin Monga die wichtigsten Punkte zusammen. Ihm zufolge müssten schnell 12 bis 15 Millionen Jobs geschaffen werden. Dazu könnten Industrieparks beitragen. Sie sollten die Wettbewerbsvorteile Afrikas nutzen, anstatt zu versuchen, Industriemodelle anderer Länder zu kopieren.

Laut Monga winken im verarbeitenden Gewerbe die größten Chancen. Die schier unendlichen Möglichkeiten müssten genutzt werden, um der jungen Generation

Arbeit zu verschaffen und die Landflucht in produktive Bahnen zu lenken.

Der Autor betont, die Landwirtschaft sei bislang die wichtigste Branche, könne aber nicht alle Arbeitskräfte absorbieren. Zudem generiere sie wegen niedriger Produktivität nur niedrige Einkommen. Automatisierung und Modernisierung könnten die Landwirtschaft transformieren und neue Berufe schaffen. Dafür müssten Erwerbschancen jenseits der Felder entstehen – beispielsweise in der Verarbeitung von Agrarerzeugnissen oder in der Zulieferung für Bauernhöfe (siehe Shenggen Fan und Ousmane Badiane auf S. 13 in diesem e-Paper). Dabei könnten sich dezentrale Gewerbeparks als nützlich erweisen. Mittelfristig könnten Kleinbauern so in globale Wertschöpfungsketten einbezogen werden und zugleich Nahrungsmittelimporte reduziert werden.

Der AfDB-Fachmann fordert, jede afrikanische Regierung müsse anstreben, 80 bis 90 Prozent der Erwerbstätigen, deren Arbeit wenig produktiv ist, in Industriebeschäftigung zu bringen. Es komme darauf an, Unternehmensgründungen leichter und billiger zu machen. Wichtig sei die Aussicht

auf steigende Produktivität. Regierungen sollten prüfen, welche Branchen wettbewerbsfähig seien – oder werden könnten –, und diese in speziellen Zonen mit geringen Produktions- und Vertriebskosten fördern.

Monga zufolge schrecken schlechte Infrastruktur und starres Arbeitsrecht Investoren tendenziell ab. Sonderwirtschaftszonen (Special Economic Zones – SEZ) könnten dem entgegenwirken. Das gelte auch für Industrieparks, die mit geeigneten Rahmenbedingungen internationale Anleger anziehen könnten. Wichtig seien gute Infrastruktur, niedrige Steuern und ein flexibles Arbeitsrecht. Würden Industrieparks mit Exportzonen verbunden, könnten sie auch die Außenwirtschaft beleben. Ziele wie Technologietransfer, berufliche Bildung, Weiterqualifizierung und Wissensmanagement ließen sich so relativ leicht erreichen.

Der AfDB-Experte rät afrikanischen Regierungen zudem, sich in Zusammenarbeit mit Privatwirtschaft, Bildungsinstitutionen und zivilgesellschaftlichen Initiativen um berufliche Bildung zu kümmern. Oft lasse nämlich Angst vor Personalmangel potenzielle Investoren vor dem Engagement in Afrika zurückschrecken. Wichtig seien folgende Punkte:

- Ausbildungskonzepte für strategisch wichtige Branchen,
- die Abstimmung solcher Konzepte mit Schulcurricula,
- Kostenbeteiligung der Arbeitgeber,
- die Entlohnung produktiver Arbeit bereits während der Ausbildung,
- Trainingsangebote für Arbeitslose, und zwar besonders im ländlichen Raum,
- Weiterbildungsangebote neben der Erwerbstätigkeit und
- Jobcenter zur Arbeitsvermittlung.

Monga betont, die Nachfrage nach qualifizierten Arbeitskräften nehme zwar schnell zu, aber afrikanische Bildungssysteme verzeichneten auch besonders hohe Raten von Schul- und Hochschulabbrüchen. Das betreffe Mädchen und junge Frauen in besonderem Maße.

QUELLE

Monga, C., 2019: An African Manifesto. In: Monga, C., Shimeles, A., Woldemichael, A., 2019: Creating Decent Jobs. Strategies, Policies and instruments. African Development Bank policy research document 2; 1-56. https://am.afdb.org/sites/default/files/AfDB18-16_Jobs_English.pdf



Arbeiterin in der Saftproduktion der Firma Kevian in Kenia.

Kein Platz für die Twa

Die Twa, auch als Pygmäen bezeichnet, sind die älteste und kleinste Volksgruppe in Burundi. Ihre mehrere zehntausend Angehörigen werden kaum wahrgenommen und haben nicht die gleichen Rechte wie Hutus und Tutsis. Doch die Twa wollen die Marginalisierung nicht länger hinnehmen.

Minani, ein Mutwa (so die Bezeichnung für eine einzelne Twa-Person) aus Cibari in der nördlichen Provinz Muyinga, lebt mit seiner Frau und sechs Kindern in einer Hütte, die nur aus einem einzigen Zimmer besteht. „Bei Regen regnet es herein“, sagt Minani. „Wir haben kein fruchtbares Land zum Bestellen. Wir leben von der Töpferei, aber es wird immer schwieriger, Ton zu finden.“

Karorero aus Buganda in der westlichen Provinz Cibitoke hat ein anderes Problem: Er findet zwar genügend Ton, kann aber nicht viele Töpferwaren verkaufen. Er sagt, dass die Hutus und Tutsis heutzutage moderne Haushalts- und Küchenutensilien benutzen und nicht mehr die Waren, die die Twa herstellen. Zum Lebensunterhalt seien sie nun gezwungen, als Lohnarbeiter auf

den Feldern anderer Leute zu arbeiten. Minani und Karorero sind sich einig, dass ihre Volksgruppe diskriminiert wird.

Burundis Verfassung von 2018 erkennt die Twa formell an und schreibt für das Parlament drei kooptierte Vertreter der Ethnie vor. Grundlage für die Kooptierung sind Vorschlagslisten, die Twa-Organisationen aus den verschiedenen Regionen des Landes einreichen. Eine dieser Organisationen ist UNIPROBA (Unissons-nous pour la Promotion des Batwa). Sie lehnt die Kooptierung jedoch ab und kämpft stattdessen für eine faire Repräsentation der Twa in den Institutionen des Landes.

Libérate Nicayenzi, UNIPROBA-Mitglied und Vertreterin der Twa in Burundis Wahrheitskommission, sagt: „Die Verfassung schreibt für verschiedene Institutionen 60 Prozent Hutus und 40 Prozent Tutsi vor. Wo ist unser Platz? Wie steht es um Artikel eins der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte: ‚Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren?‘“

Emmanuel Nengo, der ebenfalls UNIPROBA-Mitglied ist, betont, dass neben der Diskriminierung auch die Armut viele Probleme für die Twa mit sich bringe. Beispielsweise gingen die Kinder nicht zur Schule oder brächen sie vorzeitig ab, weil sie zu Hause zum Töpfern gebraucht würden. Schulmaterialien hätten sie auch nicht. Laut Nengo kann von Entwicklung keine Rede sein, wenn die Menschen weder Land zum Bestellen noch richtige Häuser noch Bildung haben.

Nicayenzi weist darauf hin, dass die Twa auch selbst umdenken müssten. Sie appelliert an alle Eltern, sich von alten Konventionen zu lösen und ihre Kinder in die Schule zu schicken. Auch die Regierung wünscht sich mehr Kooperationsbereitschaft von den Ureinwohnern. Ein Kommunalbeamter aus Muyinga klagt: „Wenn Wohltäter Häuser für die Twa bauen, um ihren Lebensstandard zu verbessern, verkaufen sie sofort die Dachbleche.“



MIREILLE KANYANGE
ist Journalistin und
Reporterin bei Radio
Isanganiro in Burundi.
mika.kanyange@gmail.com

IMPRESSUM

E+Z ENTWICKLUNG UND ZUSAMMENARBEIT
60. Jg. 2019
Die Zeitschrift erscheint auf Englisch
als D+C Development and Cooperation.
Internet: www.DandC.eu
D 12 104 ISSN 0721-2178

E+Z Entwicklung und Zusammenarbeit wird vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung finanziert und von ENGAGEMENT GLOBAL herausgegeben. Zeitschrift und Website sind nicht als Regierungssprachrohr konzipiert, sondern sollen ein kontroverses Diskussionsforum für Politik, Praxis, Wissenschaft und Zivilgesellschaft auf internationaler Ebene schaffen. D+C Development and Cooperation ist der inhaltsgleiche englischsprachige Zwilling.

ENGAGEMENT GLOBAL gGmbH
Service für Entwicklungsinitiativen
Tulpenfeld 7
D-53113 Bonn
Tel. (02 28) 2 07 17-0, Fax (02 28) 2 07 17-150
www.engagement-global.de

BEIRAT:
Thomas Loster, Prof. Dr. Dirk Messner, Prof. Dr. Katharina Michaelowa, Dr. Susanne Neubert, Hugh Williamson

VERLAG:
FAZIT Communication GmbH
Geschäftsführer: Peter Hintereder und Hannes Ludwig

ANSCHRIFT VON VERLAG UND REDAKTION:
Frankenallee 71-81
D-60327 Frankfurt am Main
Zugleich auch ladungsfähige Anschrift für alle im Impressum genannten Verantwortlichen und Vertretungsberechtigten.

REDAKTION:
Dr. Hans Dembowski (Chefredakteur, V.i.S.d.P.), Sabine Balk, Katja Dombrowski, Monika Hellstern, Sheila Mysorekar, Dagmar Wolf (Assistenz)
Tel. (0 69) 75 91-31 10
euz.editor@dandc.eu
Mitteilung gemäß § 5 Absatz 2 Hessisches Gesetz über Freiheit und Recht der Presse: Gesellschafter des Unternehmens sind die Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH (40%) und die Frankfurter Societät GmbH (60%).
Artdirector: Sebastian Schöpssau
Layout: Jan Walter Hofmann
Übersetzung: Eleonore von Bothmer

ANZEIGEN, ABONNEMENTS UND VERTRIEB:
FAZIT Communication GmbH
c/o InTime Media Services GmbH
Postfach 1363
D-82034 Deisenhofen
Tel. (0 89) 8 58 53-8 32
Fax (0 89) 8 58 53-6 28 32
fazit-com@intime-media-services.de

DRUCK:
Westdeutsche Verlags- und Druckerei GmbH
Kurahsenstraße 4-6
D-64546 Mörfelden-Walldorf

Die vollständige oder auszugsweise Weiterverwendung der in E+Z Entwicklung und Zusammenarbeit und D+C Development and Cooperation veröffentlichten Textbeiträge in anderen Medien ist mit Angabe der Quelle gestattet, sofern der E+Z/D+Z-Redaktion zwei Belegexemplare beziehungsweise die Links zu den jeweiligen Webseiten gestellt werden. Diese pauschale Genehmigung gilt nicht für die von uns verwendeten Bilder, Landkarten und sonstige Beiträge, bei denen das Copyright bei der Veröffentlichung separat und ausdrücklich vermerkt wird.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen nicht in jedem Falle die Meinung von Herausgeber und Redaktion dar.

BEZUGSPREISE FÜR DRUCKAUSGABE:
Einzelpreis: 2,20 €, Jahresabonnement Inland: 14,00 €, Jahresabonnement Ausland: 18,00 € (inkl. Versandkosten).



SOZIALE MEDIEN

Schwere Diskriminierung

Ein aktueller Streit über Twitter in Indien zeigt, dass große Internetkonzerne globalen Regulierungen unterliegen müssen. Sonst droht Demokratien die Unterhöhnung durch Lügen, Desinformation und Diskriminierung.

Von Arfa Khanum Sherwani

In Indien sind soziale Medien sehr wichtig und werden von hunderten Millionen genutzt. Die meisten herkömmlichen Medien haben sich der hindu-chauvinistischen Regierung unterworfen. Es schockiert deshalb, dass Twitter weniger pluralistisch ist, als das Unternehmen zugibt. Dalits – die Angehörigen der untersten Kasten – werfen Twitter zu Recht Diskriminierung vor.

Das indische Kastensystem ist uralt und mit Ausgrenzung und Gewalt verbunden. In der Vergangenheit hießen Dalits „Unberührbare“ und später „Harijans“. Die indische Verfassung hat nach der Unabhängigkeit 1947 diesen sozialen Status offiziell abgeschafft. Später wurden dann Gesetze zum Schutz und zur Förderung der Dalits beschlossen. Dass sie bis heute nötig sind, zeigt, wie tief Kastendiskriminierung in der Gesellschaft verwurzelt ist.

Das Internet weckte zunächst Hoffnungen auf größere Implosion. Plattformen wie Facebook oder Twitter galten als offener Raum, in dem auch Marginalisierte Stimmen haben. Wie wir seit Kurzem wissen, hat Twitter aber Kastendifferenzen verstärkt und nicht nivelliert. Wie Dalit-Aktivistinnen behaupten, stoppte der Konzern nämlich die Verifizierung von Dalit-Accounts. Verifizierung bedeutet, dass Twitter Accounts von öffentlicher Relevanz mit einem blauen Haken kennzeichnet und so garantiert, dass dahinter eine echte Person steht. Der blaue Haken bedeutet größere Glaubwürdigkeit. Sollte er Dalits vorenthalten werden, wäre das schwere Diskriminierung.

Nun läuft eine Kampagne gegen Twitters indischen Spitzenmanager, Manish Maheshwari. Sein Rauswurf wird gefordert – bislang ergebnislos. Zu dem Ärger trägt bei, dass manche Angehörige hoher Kasten allem Anschein nach die Verifizierung



Blauer Haken trotz geringer Followerzahl und keinem Tweet: Jay Shahs Account Anfang November.

leicht bekommen. Aktivisten verweisen zum Beispiel auf Jay Shah, den Sohn von Innenminister Amit Shah. Mit wenigen Followern und ohne einen einzigen Tweet erhielt er den blauen Haken.

Regierungskritische Akteure mit großem Publikum und vielen Tweets bekamen diese Auszeichnung dagegen nicht. Twitter neigt vielmehr dazu, ihre Accounts aus fadenscheinigen Gründen zu blockieren oder sogar zu löschen. Derweil tut der Konzern wenig, um populistische Hetzer zu bremsen, die der Regierung nahestehen (siehe mein Aufsatz im Schwerpunkt von E+Z/D+C e-Paper 2018/05). Solche Leute agitieren gegen Dalits, Moslems und andere Minderheiten. Twitter hat versucht, seine Haltung klarzustellen, aber Kritiker halten die Parteilichkeit der Plattform für offensichtlich.

Irritiert hat zudem, dass im November bekannt wurde, dass mehr als ein Dutzend indischer Politiker, Aktivisten, Rechtsanwälte und Wissenschaftler digital ausspioniert wurden. Dafür wurde das hochentwickelte Softwareprogramm Pegasus genutzt,

das die israelische Firma NSO herstellt. Sie wurde kürzlich von WhatsApp wegen Verletzung von Privatsphären angeklagt und argumentierte dann, sie unterstütze den Pegasus-Einsatz gegen Journalisten oder Menschenrechtsverteidiger nicht. Sie verkaufe das Programm nur an staatliche Geheimdienste und Sicherheitsorgane für den Kampf gegen Terrorismus und schwere Kriminalität. Nutzt die indische Regierung das Programm, um Bürger auszuspionieren, die sie nicht mag?

In den USA kreist die öffentliche Debatte darum, ob Social-Media-Plattformen Politikern erlauben dürfen, in Anzeigen zu lügen. Facebook tut das und argumentiert, es gehe letztlich um die Redefreiheit. Twitter dagegen hat politische Anzeigen abgeschafft. Eine wichtigere und

grundlegende Frage bleibt aber unbeantwortet: Wer ist befugt, solche weitreichenden Entscheidungen zu treffen – die multinationalen Konzerne selbst, die Regierung oder eine dritte, unabhängige Instanz?

In Entwicklungsländern sind Desinformation und Hasspropaganda wegen schwächerer Institutionen noch problematischer als in reichen Nationen. Über politische Anzeigen hinaus gibt es weitere große Probleme. In Indien neigen die großen Plattformen offensichtlich immer stärker der Regierung zu. Wir brauchen globale Regulierungen, um sicherzustellen, dass Demokratien weltweit nicht von Internetkonzernen unterminiert werden, die sich letztlich für nichts anderes interessieren als ihren Profit.



ARFA KHANUM SHERWANI ist leitende Redakteurin der unabhängigen indischen Nachrichten-Website The Wire. Twitter: @khanumarfa

<https://thewire.in/>



Im Irak kam es zu gewaltsamen Ausschreitungen zwischen Protestierenden und Sicherheitskräften.

PROTESTBEWEGUNGEN

Arabellion reloaded

In mehreren Ländern des Nahen Ostens und Nordafrikas erheben sich Protestwellen, die an den arabischen Frühling 2011 erinnern. Nur durch die Lösung der sozialen Frage und die Befriedung der regionalen Konflikte wird eine nachhaltige Entwicklung möglich sein. Europa muss sich in eigenem Interesse an der Lösung dieser Probleme beteiligen.

Von Nassir Djafari

Die Bilder gleichen sich. Wie vor acht Jahren ziehen in der arabischen Welt überwiegend junge Menschen in großer Zahl durch die Straßen und fordern ihr Recht auf ein würdiges Leben ein. Schon zuvor flammten in Abständen Massenproteste in der Region auf. Doch erstmals seit 2011 handelt es sich wieder um eine Serie. Sie begann im Dezember 2018 im Sudan mit zunächst lokalen Protesten gegen die Verdreifachung des Brotpreises, die sich zu landesweiten Demonstrationen ausweiteten und zum Sturz des drei Jahrzehnte lang herrschenden Diktators Omar al-Bashir führten.

Im Februar 2019 erhoben sich in Algerien Zehntausende, als der greise und für das Amt längst untaugliche Staatspräsident Abdelaziz Bouteflika seine Kandidatur für eine fünfte Amtszeit ankündigte. Auch er wurde weggefegt.

Im September 2019 lösten in Ägypten Informationen über die maßlose Bereicherung der Präsidentenfamilie große Demonstrationen aus.

Im Oktober 2019 war im Libanon die Einführung einer Steuer auf internetbasierte Telefonate der letzte Tropfen, der das Fass zum Überlaufen brachte und die Menschen auf die Straße trieb. Und seit Anfang Oktober 2019 protestieren die Menschen im Irak massenhaft gegen ihre prekären Lebensbedingungen. Ende November trat Premier Adel Abdul Mahdi zurück.

Im Iran, dem nichtarabischen Nachbarland Iraks, gingen derweil ebenfalls Massen auf die Straße – aus Wut über die teuren Spritpreise. Unter den US-Sanktionen hat sich die Versorgungslage der Bevölkerung drastisch verschlechtert. Die Demonstran-

ten lasten diese leidvolle Entwicklung nun auch dem eigenen Regime an.

Ähnlich wie 2011 entzündeten sich die aktuellen Proteste vor allem an den sozialen Missständen, um sich bald schon gegen das gesamte politische System zu richten. Die Machthaber wiederum antworten mit einer Mischung aus brutaler Gewalt und halbherzigen Zugeständnissen.

Die betroffenen Länder haben größtenteils Bürgerkriege hinter sich, befinden sich in einer Phase wirtschaftlicher Schwäche und unterliegen dem Einfluss externer Mächte. Ihre fiskalischen Spielräume sind gering, da die Wirtschaft kaum wächst, der öffentliche Sektor überdimensioniert und ineffizient und der Staat hoch verschuldet ist (besonders in Libanon und Sudan). Die Regierungen versuchen kurzfristig ihre Handlungsfähigkeit wiederherzustellen, indem sie überfällige staatliche Investitionen hinauszögern und Sozialleistungen einschränken.

Da sich auch private, insbesondere ausländische Unternehmen mit Investitionen zurückhalten, wächst unter dem steten demographischen Druck das Heer der Arbeitslosen. Besondere Sprengkraft liegt in der immensen Jugendarbeitslosigkeit, die in allen Ländern der Region laut dem Internationalen Währungsfonds konstant bei 25 bis 30 Prozent und höher liegt. So strömen

jedes Jahr im Irak eine halbe Million junge Menschen auf den Arbeitsmarkt. Fehlende Beschäftigungsperspektiven bei zugleich sich verschlechternder Versorgung mit Wasser, Strom und anderen öffentlichen Dienstleistungen schaffen ein Klima sozialer Spannung, die sich rasch entladen kann.

In einem Umfeld fragiler Staatlichkeit ist die Zuspitzung sozialer Missstände besonders risikoreich. Dies gilt besonders für den Irak und Libanon, nicht nur aufgrund ihrer Nachbarschaft zum Bürgerkriegsland Syrien, sondern auch, weil beide Länder konfessionell gespalten sind.

Während im Irak seit dem US-amerikanischen Einmarsch im Jahre 2003 Schiiten die Regierung dominieren, ist die schiitische Hisbollah in Libanon ein Staat im Staate. Hier wie dort unterstützt der Iran die der eigenen Glaubensrichtung angehörenden schiitischen Organisationen und Milizen, wohingegen Saudi-Arabien Irans sunnitische Gegner finanziert (siehe Maysam Behravesh im E+Z/D+C e-Paper 2019/10, Schwerpunkt).

Vor diesem Hintergrund stellt es eine Zäsur dar, dass sowohl im Irak als auch in Libanon Schiiten gemeinsam mit Sunniten und (im Libanon) Christen auf die Straße gehen und das politische Establishment

herausfordern. Die Überwindung konfessioneller Schranken ist ermutigend. Gleichwohl weckt die gewaltsame Reaktion der Sicherheitskräfte im Irak, wo es bis Redaktionsschluss Mitte November 2019 schon zu rund 300 Toten kam, schlimme Erinnerungen an die Niederschlagung der Proteste in Syrien im Jahre 2012.

Im Libanon ist es bislang weitgehend friedlich geblieben. Wie sich die radikal-schiitische Miliz Hisbollah jedoch fortan in diesem Konflikt verhalten wird und welche Auswirkungen die Massenproteste auf die Stellung der beiden Regionalmächte Iran und Saudi-Arabien haben, bleibt abzuwarten.

Im Nahen Osten und Nordafrika ereignen sich 45 Prozent aller weltweiten Terroranschläge. Dort befinden sich 47 Prozent aller Binnenflüchtlinge und 57 Prozent aller Flüchtlinge, die ihr Heimatland verlassen müssen. Diese Region wird erst dann wieder zu Frieden und Entwicklung zurückfinden, wenn die soziale Frage gelöst ist.

Hierzu müssen die strukturellen Entwicklungshemmnisse, insbesondere die mangelnde internationale Wettbewerbsfähigkeit, die verkrustete öffentliche Verwaltung sowie die fehlende wirtschaftliche und soziale Teilhabe der Bevölkerung über-

wunden werden. Die EU sollte hierzu einen Beitrag leisten. Dabei geht es nicht nur um die Intensivierung der Entwicklungszusammenarbeit, sondern vor allem darum, die Handelsbeziehungen mit den Ländern der Region auf eine faire Grundlage zu stellen.

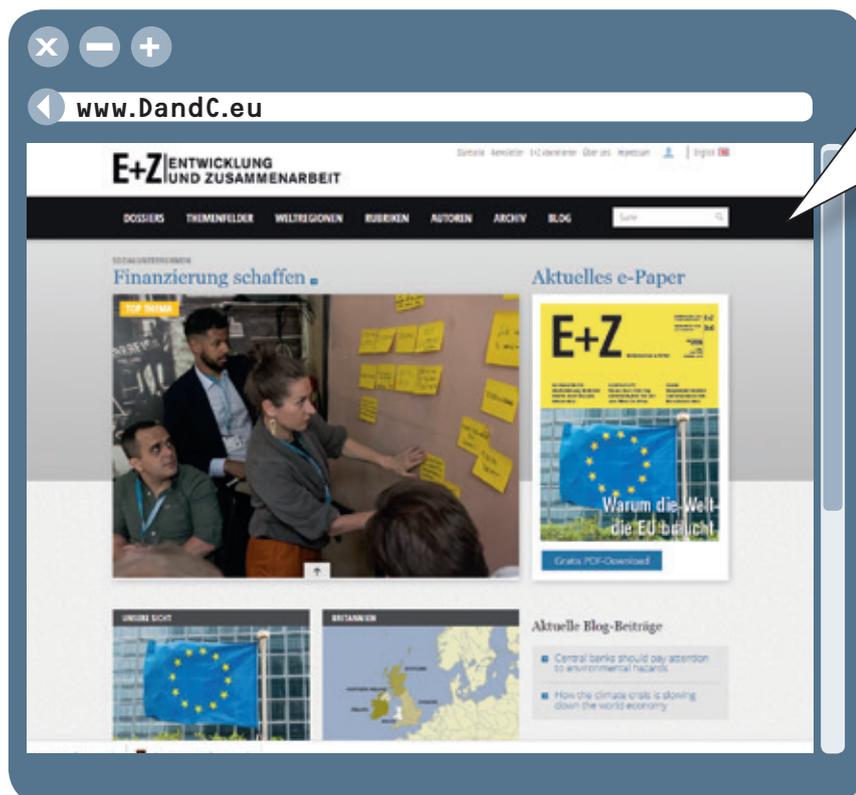
Die zweite Voraussetzung für eine nachhaltige Entwicklung im Nahen Osten ist die Befriedung des Konflikts zwischen Saudi-Arabien und Iran. Dies wird nicht durch den wachsenden Druck auf den Iran gelingen, sondern nur im Rahmen einer umfassenden regionalen Friedenstrategie, die den Interessen aller Beteiligten Rechnung trägt.

Europa muss sich aus der Erstarrung des empörten Zuschauers lösen und innerhalb der internationalen Gemeinschaft entsprechende außenpolitische Impulse setzen. Nur so kann es gelingen, eine nachhaltige gesellschaftliche Entwicklung im Nahen Osten und Nordafrika zu ermöglichen.

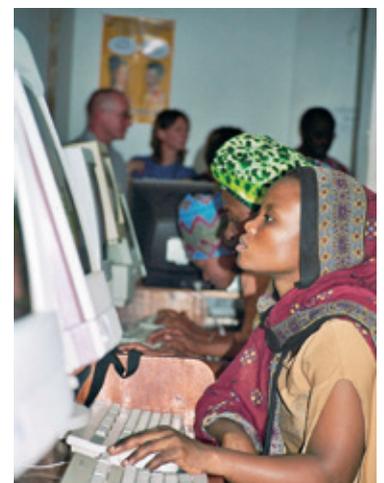


NASSIR DJAFARI
ist Ökonom und freier Autor.

nassir.djafari@gmx.de



Besuchen Sie unsere Website unter www.EundZ.eu



LÄNDLICHE ENTWICKLUNG

Rurbanomics

Ländliche Gegenden müssen produktiver, klimaresilienter und als Standorte attraktiver werden. Ihre Revitalisierung erfordert bessere Infrastruktur und bessere Chancen. Letztlich hängt Nachhaltigkeit davon ab, dass die Vorteile städtischer und ländlicher Räume miteinander verknüpft werden. Auf Klein- und Mittelstädte kommt es besonders an.

Von Shenggen Fan und Ousmane Badiane

Die Zeit zur Erreichung der UN-Ziele für Nachhaltigkeit (Sustainable Development Goals – SDGs) und der Pariser Klimaziele wird immer knapper. Das ehrgeizige SDG-Motto „Niemand zurücklassen“ bedeutet, dass wir ländliche Räume zügig revitalisieren müssen – und zwar besonders südlich der Sahara. Die Zeit für dramatischen, systemweiten Wandel ist da. Ländliche Gegenden müssen produktiver, nachhaltiger und klimaresilienter werden. Dann werden sie auch als Stand- und Wohnorte attraktiver.

Weltweit profitieren ländliche Gegenden weniger von Wachstum als Städte. Rund 45 Prozent der Menschheit leben in

Dörfern und leiden besonders unter Armut, Mangelernährung und geringer Lebensqualität. In Subsahara-Afrika ist es besonders schlimm.

Die Armutsrate beträgt global im ländlichen Raum 17 Prozent, aber in Städten nur sieben Prozent. 70 Prozent der extrem Armen weltweit leben in Dörfern. Südlich der Sahara gilt das sogar für 82 Prozent. Im Schnitt hemmt unzureichende Ernährung das Wachstum von Kindern in ländlichen Gegenden stärker als in urbanen. Mangel herrscht zudem an grundlegender Infrastruktur und basalen Dienstleistungen – man denke etwa an Bildung, Gesundheit, Straßen, Wasser- und Sanitärversorgung oder Hygiene. Derweil nimmt die Umweltverschmutzung zu, während Rohstoffe schnell knapper werden. Die Klimakrise verschärft all diese Probleme.

AFRIKAS CHANCEN

Viele afrikanische Staaten arbeiten heute an der Revitalisierung ländlicher Räume, um Fortschritt zu verstetigen und zu beschleunigen.

Chancen bietet schnelle Urbanisierung, wobei Klein- und Mittelstädte besonders wichtig sind. Um urbane Nachfrage zu bedienen, muss die Agrarproduktion steigen, und das verbessert die Aussichten für Bauern und Firmen, die mit Landwirtschaft verbunden sind.

Mehrere Länder – darunter Äthiopien, Kenia und Niger – investieren verstärkt in Bewässerung. Möglich werden so längere Anbauzeiten, breitere Produktpaletten und reduzierte Wetterrisiken. Einige Länder – wie Äthiopien, Mali und Marokko – setzen auf Mechanisierung. Das verbessert das Wirtschaftsklima insgesamt. Maschinenbereitstellung, -reparatur und -wartung schaffen Arbeit. Neue Ausbildungsmöglichkeiten entstehen, und das Interesse an Forschung wird geweckt.

Neue Beschäftigungsperspektiven entstehen vor allem in der Verarbeitung von Agrarprodukten. Im Senegal sind Kleinunternehmen mit neuen Prozessen schnell gewachsen und spezialisieren sich auf Hirse-Fertigprodukte. Diese können sofort gekocht oder sogar direkt gegessen werden.

In Nigeria verderben etwa 45 Prozent aller Nahrungsmittel, weil es an Kühlketten mangelt. Das Potenzial solarbetriebener Kühlsysteme ist erkannt und wird zunehmend ausgeschöpft.

Wir müssen die Interdependenz von Stadt und Land verstehen. Gute Straßen und Stromversorgung sind nötig, um Agrarrohstoffe zu städtischen Märkten zu bringen. Von 2012 bis 2016 haben afrikanische Regierungen jährlich im Schnitt 30 Milliarden Dollar in Infrastruktur investiert. Privatinvestitionen in Solarkraft sind gestiegen. Multilateralen Institutionen ist die Bedeutung der Infrastruktur klar, weshalb sie öffentliche wie private Investitionen fördern.

Informations- und Kommunikationstechnik (IKT) ist ebenfalls wichtig. Digitalisierung lässt uns heute viele Hürden schneller und kostengünstiger überwinden als bislang angenommen. In Afrika ist beispielsweise der Internetzugang per Mobiltelefon in den vergangenen vier Jahren um ein Drittel billiger geworden.

IKT ist auch für Kleinbauern wichtig, die Finanzdienstleistungen beanspruchen wollen. Geldtransfer per Handy wird in immer mehr Ländern möglich, und eine wachsende Zahl von Menschen haben Mobiltelefone – zum Beispiel in Kenia, Mali und



Hirseernte im Senegal.

Senegal. Grundsätzlich müssen alle Dienstleistungen von Banken und Versicherungen verfügbar werden.

Wenn Bauern diversifizieren wollen, müssen sie investieren können. In Nigeria gibt es innovative Gründer, die nötiges Kapital durch Crowdsourcing mobilisieren. In mehreren Ländern lassen sich heute Leihmaschinen und Inputs per Telefon bestellen. Solche Modelle sind sinnvoll und sollten andernorts kopiert werden, wobei besonders zu berücksichtigen ist, wie sie die Lage von Frauen und Jugendlichen verbessern können.

Afrikanische Länder kooperieren, um Fortschritt voranzutreiben. 2018 schufen afrikanische Spitzenpolitiker die Africa Agriculture Transformation Scorecard und die Comprehensive Africa Agricultural Development Programme (CAADP) Biennial Review. Beides erhöht die Rechenschaftspflicht. 49 Staaten haben das African Continental Free Trade Agreement unterzeichnet. Es wird einen gemeinsamen Binnenmarkt für Güter und Dienstleistungen schaffen, Einfuhrzölle beseitigen sowie Wirtschaftsvertretern und Investoren die Grenzen öffnen.

VONEINANDER LERNEN

Ein wichtiger Motor ländlicher Revitalisierung ist „Rurbanomics“. Dieses Konzept betont die Interdependenz ländlicher und städtischer Ökonomien: Urbanes Wachstum

schaft ländliche Chancen. Stadt und Land müssen als Partner verstanden werden, wobei das Land nicht nur für die Rohstoffherzeugung taugt. Zu erkennen gilt,

- dass es Ausgangspunkt nationaler, regionaler und globaler Wertschöpfungsketten sein kann und
- dass seine Ökodieleistungen unverzichtbar sind.

Bei ländlicher Revitalisierung geht es nicht nur um Landwirtschaft (siehe Kasten), sondern besonders darum, Chancen außerhalb dieses Wirtschaftszweigs zu schaffen. Moderne Technik und Innovation sind dafür wichtig.

Dass ländliche Räume wiederbelebt werden können, ist empirisch vielfach bewiesen. Ein Beispiel ist Südkoreas 1970 lancierte Initiative „Saemaul Undong“ (Neue-Dörfer-Bewegung). Dank dem Ausbau von Bewässerung, Transportwesen, Agrarzulieferungen und Stromversorgung und Transportwesen stiegen die Einkommen landwirtschaftlicher Haushalte in einem Jahrzehnt um den Faktor fünf. Sie schlossen zu städtischen Haushalten auf. In Bangladesch haben in den vergangenen Jahren Investitionen in Landstraßen die extreme Armut um drei bis sechs Prozent reduziert. Zugleich stieg der Sekundarschulbesuch von männlichen und weiblichen Jugendlichen.

Auch die ländliche Politik braucht frischen Schwung. Kommunalverwaltung

gen müssen Verantwortung für die Daseinsvorsorge übernehmen. Darauf achtet beispielsweise China in der neuen, 2018 verkündeten Strategie zur Schließung der Kluft zwischen Stadt und Land. Die ländliche Lebensqualität soll steigen. Abermals ist IKT wichtig. Hohe Mobilfunkverbreitung bedeutet, dass Bürger, die sonst ausgegrenzt blieben, sowohl in öffentliche Angelegenheiten als auch in Marktprozesse eingreifen können.

Rurbanomics hat auch eine Gesundheitsdimension. Übergewicht plagt Entwicklungsländer immer mehr. Andererseits ändern sich auch die Verbrauchergewohnheiten – besonders in Städten. Bauern können auf gesündere und teurere Produkte wie Obst, Gemüse und tierische Erzeugnisse umstellen. Wissenschaftlicher und technischer Fortschritt helfen, deren Wert bis zu Vermarktung an Endkunden sicherzustellen.



SHENGGEN FAN
ist Generaldirektor des International Food Policy Research Institute (IFPRI) in Washington.



OUSMANE BADIANE
ist der Afrika-Direktor von IFPRI.

www.ifpri.org

Politikempfehlungen

Nicht nur in Afrika ist Revitalisierung für die Transformation ländlicher Räume nötig. Das International Food Policy Research Institute (IFPRI) macht dafür konkrete Vorschläge.

Wie das Institut im aktuellen „2019 Global Good Policy Report“ ausführt, lassen sich nicht nur Hunger und Mangelernährung beenden. Die Autoren halten auch Klimaschutz für machbar und die UN-Ziele für Nachhaltigkeit für erreichbar. Nötig sei dafür weltweit

evidenzgeleitetes Handeln. Relevant sind:

- Von „Rurbanomics“ inspirierte Politik. Die Interdependenz ländlicher und urbaner Ökonomien müsse verstanden und daraus resultierende Chancen ergriffen werden. Rurbanomics betrifft nicht nur die Beziehungen des ländlichen Raums zu Megastädten, denn Klein- und Mittelstädte sind besonders wichtig.
- Transformation der Nahrungsmittelproduktion und

-distribution zum Nutzen von Stadt und Land. Landwirtschaft sei als Geschäftsfeld zu sehen, das alle Menschen gesund, sicher und nachhaltig ernähren könne.

- Steigerung der Agrarproduktivität und Investitionen in ländliche Ökonomien jenseits der Landwirtschaft. Es gelte, Erwerbchancen zu schaffen – und zwar vor allem für benachteiligte Bevölkerungsgruppen einschließlich der Armen, Frauen und Jugendlichen.
- Bessere Lebensbedingungen durch soziale Sicherung und bessere Daseinsvorsorge

einschließlich Maßnahmen für eine gesündere Umwelt, die der Klimakrise standhalte.

- Reformen ländlicher Amtsstrukturen mit dem Ziel höherer Rechenschaftspflicht. Um Ergebnisse zu zeitigen, seien gutfinanzierte Budgets, kompetentes Personal und Transparenz nötig. sf/ob

LINK

International Food Policy Research Institute: 2019 Global food policy report.
<http://www.ifpri.org/publication/2019-global-food-policy-report>



Dag Hammarskjöld und Kwame Nkrumah, der als erster Regierungschef des unabhängigen Ghanas ein Wortführer der blockfreien Länder war.

MULTILATERALISMUS

Tod in Ndola

Der Tod von UN-Generalsekretär Dag Hammarskjöld 1961 bei einem Flugzeugabsturz bleibt mysteriös. UN-Untersuchungen haben bislang kein überzeugendes Ergebnis geliefert. Ein neues Buch schildert den Sachstand und erörtert Hamarskjölds Rolle bei der Dekolonisierung Afrikas. Für die UN hatte sie langfristige Bedeutung.

Von Hans Dembowski

Henning Melber ist kein unvoreingenommener Autor. Der deutsch-schwedische Sozialwissenschaftler ist ehemaliger Direktor der Dag-Hammarskjöld-Stiftung in Uppsala. Er gehörte auch zu dem Komitee, das vor einigen Jahren den seinerzeitigen UN-Generalsekretär Ban Ki-moon dazu brachte, abermals offizielle Ermittlungen zu starten. Die Frage, weshalb das Flugzeug damals in der Nähe von Ndola im heutigen Sambia abstürzte, ist bislang unbeantwortet. Sein persönliches Engagement legt Melber offen. (Volle Transparenz erfordert auch zu erwähnen, dass er seit Jahren regelmäßig für E+Z/D+C schreibt und zum Freund geworden ist.)

„Dag Hammarskjöld, the United Nations and the Decolonisation of Africa“ ist

ein ebenso ehrgeiziges wie kurzes Buch. Auf nur 180 Seiten, von denen 50 Fußnoten, Quellenhinweise et cetera enthalten, behandelt Melber Dinge, die ihm aus langjähriger wissenschaftlicher Arbeit vertraut sind. Wer nur wenig über die Geschichte der UN und der Dekolonisierung weiß, wird die Lektüre vermutlich anstrengend finden. Sie lohnt sich aber.

Der Hintergrund des tragischen Endes Hammarskjölds war die Kongokrise von 1960/61. Am 30. Juni 1960 wurde die belgische Kolonie unabhängig. Schon zwei Wochen später bedrohten Sezessionsbestrebungen in der rohstoffreichen Katanga-Region die Integrität des jungen Staates. Belgien unterstützte die Abspalter mit Truppen, was dem Unabhängigkeitsvertrag widersprach. Nach Schießereien forderten Kongos Präsident Joseph Kasavubu und Premierminister Patrice Lumumba die UN zur Intervention auf.

Melber schildert detailliert, wie Hammarskjöld den Schaden begrenzen wollte und welchen Einschränkungen er unterlag. Das größte Problem war der tiefe Graben im Sicherheitsrat. Die westlichen Länder hielten weitestgehend zu Belgien, wohingegen

die Sowjetunion den Einfluss der USA und der ehemaligen Kolonialmächte begrenzen wollte. Das verengte den Handlungsspielraum der UN.

Dennoch gelang es Hammarskjöld, eine UN-Resolution herbeizuführen. UN-Truppen wurden in den Kongo entsandt, aber da ihr Auftrag nicht klar formuliert war, konnten sie nicht wirkungsvoll eingreifen. Die Blauhelm-Mission blieb umstritten. Kritiker sagten entweder, sie tue zu viel, oder sie tue zu wenig.

Melber erläutert, wie Hammarskjöld sich vor allem auf die bündnisfreien Länder stützte, die überwiegend ehemalige Kolonien waren. Angesichts des Patts im Sicherheitsrat konzentrierte Hammarskjöld sich auf Initiativen in der Generalversammlung, in der die Zahl blockfreier Mitgliedsländer kontinuierlich wuchs.

Deren Spitzenpolitikern gefiel Hammarskjölds Vorgehen, denn er wollte sie vor unangemessener Einflussnahme durch die Hegemonialmächte schützen. Er fand, den jungen Nationen stehe möglichst großer politischer Handlungsspielraum zu. Heute würden wir von „Ownership der Partnerländer“ sprechen. Dass er Afrika so auch gegen den Kalten Krieg abschirmte, missfiel derweil West wie Ost.

Die Lage im Kongo wurde noch schwieriger, weil Kasavubu und Lumumba sich zerstritten. Eine Weile lebte Lumumba unter UN-Schutz, aber er verzichtete dann darauf und versuchte wieder Macht zu er-



langen. UN-Truppen waren präsent, als er festgenommen wurde, und weitere Blauhelme wurden später Zeugen, als er nach Katanga gebracht wurde. Dort wurde er am 17. Januar gefoltert und getötet. Die UN-Mission stand sofort in der Kritik, weil sie ihn nicht ausreichend geschützt hatte.

Laut Melber hatte Hammarskjöld keine direkte persönliche Zuständigkeit für die Truppen. Er war somit nicht für den ungenügenden Schutz Lumumbas verantwortlich. Es ist auch nicht klar, was die UN-Soldaten hätten tun sollen. Präsident Kasavubu stützte sich auf Armeechef Mobutu Sésé Seko, der später in einem Militärputsch die Macht ergriff und als skrupelloser Diktator von 1965 bis 1997 herrschte. Lumumba war ein frühes Opfer Mobutus.

Der Haupterfolg der UN-Politik war sicherlich, dass der Kongokonflikt nicht auf andere afrikanische Länder übergriff. Wie Melber schreibt, brachten diplomatische Rückschläge Hammarskjöld dennoch zur Verzweiflung. Er wollte weitere Eskalation unbedingt verhindern. Nach Gefechten zwischen UN-Truppen und secessionistischen Kämpfern in Katanga arrangierte Hammarskjöld ein Treffen mit deren Anführer Moïse Tshombe in Ndola. Damals gehörte die Stadt zu Nordrhodesien und unterlag als Teil der British Central African Federation der Herrschaft eines weißen Minderheitsregimes.

Hammarskjölds Flieger stürzte beim Anflug auf Ndola am 18. September 1961 ab. Die nordrhodesischen Behörden führten das offiziell auf Pilotenfehler zurück. Spätere Untersuchungen zeigten aber, dass sie nicht alle vorliegenden Informationen berücksichtigten. Insbesondere vernachlässigten sie, was schwarze Augenzeugen berichtet hatten. Einige hatten ein weiteres Flugzeug am Himmel bemerkt, andere

hatten Hammarskjölds Maschine brennen sehen. Melbers Ausführungen zufolge dauerte es auch sehr lange, bis die Beamten das Wrack fanden. Sicherheitskräfte seien wohl zuerst vor Ort gewesen und hätten Manipulationen an der Absturzstelle vornehmen können.

Der Autor führt aus, dass mehrere Parteien nicht nur ein Interesse am Tod des UN-Generalsekretärs gehabt haben könnten, sondern wohl auch über die Mittel verfügten, den Absturz herbeizuführen. Dazu gehörten die Rebellen in Katanga, die weißen Minderheitsregime im südlichen Afrika sowie Mitgliedsländer des Sicherheitsrates.

Die UN vermuten, dass die Geheimdienste verschiedener Länder noch relevantes Beweismaterial haben – wie etwa Aufnahmen des Funkkontakts von Hammarskjölds Pilot mit dem Flughafen in Ndola. Im Oktober 2019 berichtete der Londoner Guardian, der UN-Beauftragte Mohamed Chande Othman gehe davon aus, dass Britannien und die USA Beweismaterial hätten, das sie zurückhielten.

DAS INDIVIDUUM ZÄHLT

Melbers Hauptanliegen ist es aber nicht, das Drama von Ndola zu erzählen. Ihm geht es vor allem um Hammarskjölds Einfluss auf die Entwicklung der UN und das Ende der Kolonialherrschaft. Melber ist als Teenager in Namibia aufgewachsen und schloss sich dem Freiheitskampf an. Er ist Mitglied der heutigen Regierungspartei und früheren Befreiungsbewegung SWAPO. Der Autor verteidigt Hammarskjöld gegen Vorwürfe, er habe den Kapitalismus unterstützt, imperialistischen Kräften gedient und rassistische Neigungen gehegt.

Der Afrikakenner sieht Hammarskjöld als Kind seiner Zeit. Viele seiner Vorfahren waren Beamte oder Pfarrer, auch sein Vater war Spitzendiplomat. Die politische Kultur Schwedens, die auf Konsens und Inklusion ausgerichtet ist, hat Hammarskjöld tief geprägt. Er selbst wirkte als wirtschaftswissenschaftlicher Experte am Aufbau des schwedischen Sozialstaats mit, bevor er in den auswärtigen Dienst wechselte.

Melber erläutert, wie dieser protestantisch geprägte kulturelle Hintergrund das Handeln des UN-Generalsekretärs beeinflusste. Integrität war ihm wichtig – sowohl seine eigene als auch die der Institution, die er vertrat. Hammarskjöld war überzeugt,

multilaterales Handeln könne massenhaftes Leid verhindern, wenn Parteien ehrlich und gewissenhaft kooperierten. Das Buch zitiert ausführlich aus Hammarskjölds Reden und Schriften.

Manche Kritiker beanstanden, Hammarskjöld sei weiß und Angehöriger des Bürgertums gewesen. Melber entgegnet, alle Individuen hätten eine persönliche Geschichte. Der Autor räumt ein, dass weiße Männer in vielfacher Hinsicht privilegiert seien, stellt aber zugleich klar, dass das weder bedeute, dass jeder weiße Mann das gut finde, noch dass alle weißen Männer andere Menschen ausbeuteten. Er urteilt zudem, UN-Personal werde wohl auf Dauer aus einem einfachen Grund überwiegend den Mittelschichten entstammen: Akademische Bildung und Fremdsprachenkenntnisse seien unverzichtbar.

Dass es innerhalb der UN-Verwaltung auf persönliche Beziehungen ankommt, macht der Autor deutlich. Tatsächlich sei der Austausch im Team, das sich mit dem Kongo befasste, oft schwierig gewesen. Das habe mehr Probleme bereitet, als das weltanschauliche Differenzen taten.

Die Sowjetführung warf Hammarskjöld seinerzeit vor, den Kapitalismus zu unterstützen. Diese Kritik wurde von anderen wiederholt. Heute wissen wir, dass die Vorstellung, der Kapitalismus lasse sich leicht durch eine bessere Wirtschaftsordnung ersetzen, sich in der Praxis vielfach als falsch erwiesen hat. Melber könnte so argumentieren, wählt aber einen anderen Weg: Er betont, Hammarskjöld habe Afrikas unabhängig gewordene Staaten generell vor hegemonialem Einfluss schützen wollen.

Unter Hammarskjöld beruhte UN-Diplomatie auf Balancen, die gut durchdacht werden mussten. Daran hat sich nichts geändert – und das gehört, wie Melber schreibt, zum Erbe Hammarskjölds.

QUELLE

Melber, H., 2019: *Dag Hammarskjöld, the United Nations and the decolonisation of Africa*. London, Hurst.



HANS DEMBOWSKI
ist Chefredakteur von **E+Z**
Entwicklung und
Zusammenarbeit / D+C
Development and

Cooperation.

euz.editor@dandc.eu

MENSCHENRECHTE

Schlachtruf „Blasphemie“

In vielen „Islamischen Republiken“ und überwiegend muslimisch geprägten Staaten werden Gotteslästerung (Blasphemie), Religionsverleumdung und -beleidigung sowie Abfall vom Glauben (Apostasie) strafrechtlich verfolgt. Die Rechtsgüter entsprechender Gesetze sind mit den Grundrechten im Menschenrechtskanon unvereinbar. In der Praxis werden solche Gesetze routinemäßig instrumentalisiert, um persönliche Animositäten und Familienfehden auszutragen oder um Streitigkeiten um Grundbesitz zu regeln. Fanatiker bedienen sich solcher Gesetze, um Minderheiten zu verfolgen. Vielerorts sind Raub, Mord und Totschlag an der Tagesordnung.

Von Thomas Krapf

Ein Jahrzehnt sitzt Asia Bibi im Todestrakt. Eine Analphabetin in Isolationshaft. Ein ganzes Fünftel ihres Lebens unter dem Damoklesschwert eines verhängten Todesurteils wegen Blasphemie. Anfang 2019 wird sie endlich vom pakistanischen Supreme Court freigesprochen. Ihr Fall macht weltweit Schlagzeilen. Weitgehend entgeht der internationalen Öffentlichkeit die Fortsetzung von Bibis Alpdruck. Im Mai 2019 kann sie nach Kanada ausreisen. In einem Videopost teilt ein religiöser Fanatiker mit, er folge ihr um den halben Erdball, um sie umzubringen. Als ob sie ein Kainsmal trüge, ist diese unschuldige, selbst in Pakistan rechtskräftig freigesprochene Frau ihres Lebens nirgends sicher.

Die Blasphemie-Anklage gegen Bibi ist frei erfundener Unfug. Damit fällt sie in Pakistan keinesfalls aus dem Rahmen. Über lange Zeit stößt der Fall in den internationalen Medien auf anhaltendes Desinteresse, ebenfalls gemäß dem bekannten Muster. Für die Dauer einer Schrecksekunde stellt Bibis Fall jedoch jene sprichwörtliche Ausnahme dar, welche die Regel bestätigt: Nach zehn Jahren wird ein einziger, vergleichsweise kurzer Akt ihres andauernden Dramas zu einer globalen Medienstory, nämlich ihr endgültig rechtskräftiger Freispruch und der empörte Aufstand fanati-

zierter Massen gegen die Freilassung der Unschuldigen.

Schlaglichtartig beleuchten Tragödien wie diese, wie komplex sich die Kriminalisierung sogenannter „Gotteslästerung“ gestaltet. Das über ein Jahrzehnt andauernde Martyrium Bibis kostet sogar zwei ihrer Fürsprecher das Leben.

2009 besucht der Gouverneur der Provinz Punjab, Salman Taseer, Asia Bibi in ihrer Todeszelle. Danach kritisiert er Pakistans Blasphemie-Gesetze als „schwarze Gesetze“. Dafür bezahlt er wenige Wochen später mit dem Leben. Das gleiche Schicksal ereilt Shahbaz Bhatti, der in der föderalen Regierung als Minister für Minderheitenangelegenheiten amtiert. Beide Politiker sterben in Attentaten, weil sie sich für Bibi einsetzten und die Blasphemie-Gesetze ablehnten.

Der Mörder des Gouverneurs ist dessen Leibwächter. In einem für Pakistan be-

merkenswert fairen Verfahren wird Mumtaz Qadri zum Tode verurteilt, im Einklang mit geltendem Recht. Millionen von Facebook-Usern sowie Massen von typischerweise analphabetischen Sympathisanten unterstützen Mörder in oft gewalttätigen Demonstrationen. Qadri genießt das öffentliche Rampenlicht und gefällt sich, weil er hinter den weitgeöffneten Toren zum Paradies als Märtyrer (shaheed) erwartet werde.

Ende 2015 bestätigt der Supreme Court das Todesurteil von Taseers Attentäter. Pakistan hält die Luft an. Wird Präsident Mamnoon Hussain den Mörder begnadigen? Soll Taseers Ermordung zum Präzedenzfall werden, der Mord im Kontext von Gotteslästerung gar legitimiert? Dass der Mörder am 29. Februar 2016 tatsächlich hingerichtet wird, überrascht die meisten. Millionen von wütenden Fanatikern legen mit Protesten mehr als eine Woche lang die Hauptstadt und andere Ballungsräume lahm.

Die Todesstrafe ist mit grundlegenden Menschenrechten unvereinbar. In fast allen europäischen Ländern ist sie abgeschafft. Russland hat sie ausgesetzt, nur in Weißrussland wird sie noch vollstreckt. Von 50 US-Staaten ist sie in 21 abgeschafft und von 13 ausgesetzt worden. In manchen Ländern,



Bei Protesten gegen den rechtskräftigen Freispruch von Asia Bibi in Karatschi wirft ein Fanatiker eine Tränengasgranate auf die Polizei, Februar 2019.

darunter Pakistan, ist die Todesstrafe noch geltendes Recht. In diesem Szenario setzt Präsident Hussain ein klares Zeichen, dass Blasphemie-Mord nicht zu legitimieren ist. Nichts anderes hätte die Begnadigung des Mörders bedeutet. Hussain stellte sich damit entschlossen gegen den Trend, der solche Handlungen in vielen muslimischen Ländern gewohnheitsrechtlich akzeptabel macht.

Der Schlachtruf „Blasphemie“ wird auch bei Grundbesitzstreitigkeiten, Familienfehden und anderen persönlichen Konflikten als perfides, aber effektives „Rechtsmittel“ eingesetzt. Pakistan hält einen Rekord, sowohl der Opfer von Lynchjustiz als auch von (oft lebenslangen) Gefängnisstrafen für „GotteslästerInnen“. Deren Verfolgung gilt seit Jahrzehnten als legitim. Dass fadenscheinige Blasphemie-Anschuldigungen Mord und Totschlag rechtfertigen – oft mit dem Segen der Behörden –, hat kulturelle Konventionen und gesellschaftliche Normen geprägt.

Im 21. Jahrhundert halten viele mehrheitlich muslimische Staaten an Gesetzen gegen Gotteslästerung, Religionsbeleidigung und Abfall vom Glauben fest. In Pakistan, Iran, Afghanistan, Saudi-Arabien, Nigeria und Somalia steht darauf die Todesstrafe. Abfall vom Glauben (Apostasie) ist in Malaysia, den Malediven, Katar, den Vereinigten Arabischen Emiraten, dem Jemen, Sudan und Mauretanien ein Kapitalverbrechen. Drakonische und demütigende Strafen – etwa öffentliches Auspeitschen

– drohen auch in anderen muslimischen Ländern, obgleich es gegen die Antifolterkonvention der UN von 1984 verstößt.

INDONESISCHES DRAMA

Gesetze gegen Gotteslästerung führen zwangsläufig zu Hexenjagden, absurden Interessenkonflikten, Heuchelei und Scheinheiligkeit. Das führt unweigerlich zu eklatanten Menschenrechtsverletzungen. Exemplarisch sei auf zwei aktuelle Fälle aus Indonesien, dem Land mit der größten muslimischen Bevölkerung weltweit, verwiesen: Von 2017 bis 2019 musste der frühere Gouverneur des Distrikts Jakarta, Basuki Tjahaja Purnama, bekannt als Ahok, eine zweijährige Gefängnisstrafe absitzen, weil er sich über einen Koran-Vers äußerte. Ahok ist chinesischer Abstammung und Christ. Dass er es wagte, einem hoch angesehenen islamischen Rechtsgelehrten zu widersprechen, wurde als strafrechtlich relevante Gefährdung autoritärer Strukturen erlebt und mit Freiheitsentzug bestraft.

In einem anderen Fall musste 2018 die Buddhistin Meiliana, die ebenfalls der chinesischen Minderheit angehört, 18 Monate lang ins Gefängnis. Sie hatte es gewagt, sich über die exzessive Lautstärke der Gebetsaufrufe vom Minarett in ihrer Nachbarschaft zu beschweren. Das wurde als „Beleidigung des Islam“ ausgelegt. Meinungsfreiheit? Redefreiheit? Das Schutzrecht von religiös-ethnischen Minderheiten? Derlei „unislamische“ Rechtsgüter werden an überall be-

reitstehenden Altären einem unersättlichen Götzen geopfert: der Ächtung von Blasphemie, Religionsbeleidigung und Apostasie.

Diese Praktiken widersprechen fundamental den Menschenrechten und ihren Rechtsgütern. Als Antwort auf den Zweiten Weltkrieg, Genozid und Kriegsverbrechen ist die 1948 verabschiedete Allgemeine Erklärung der Menschenrechte (AEMR) nicht verhandelbar. Sie zu relativieren, wäre blanker Irrsinn.

Um die Menschenrechte zu untermauern, folgten weitere völkerrechtlich verbindliche Menschenrechtsverträge – zum Beispiel der Internationale Pakt über bürgerliche und politische Rechte (IPBPR) von 1966. Wie schon in der AEMR ist auch hier die Zusammengehörigkeit der in Artikel 18 bis 20 nebeneinandergestellten Grundrechte aussagekräftig: Laut IPBPR (Artikel 19) gilt grundsätzlich uneingeschränkte Meinungs- und Redefreiheit. Diesbezüglich wird in Artikel 20 Kriegspropaganda und das „Eintreten für nationalen, rassischen oder religiösen Hass“ kategorisch ausgeschlossen. Denn Letztere unterhöheln das gleichrangige Recht auf Religions- und Glaubensfreiheit (Artikel 18). Dieses komplexe Grundrecht schließt Gedanken-, Meinungs- und Gewissensfreiheit ein, garantiert dem Individuum sowie Religionsgemeinschaften das Recht auf freie Religionsausübung und erlaubt jedem Menschen, durch Konversion den Glauben zu wechseln.

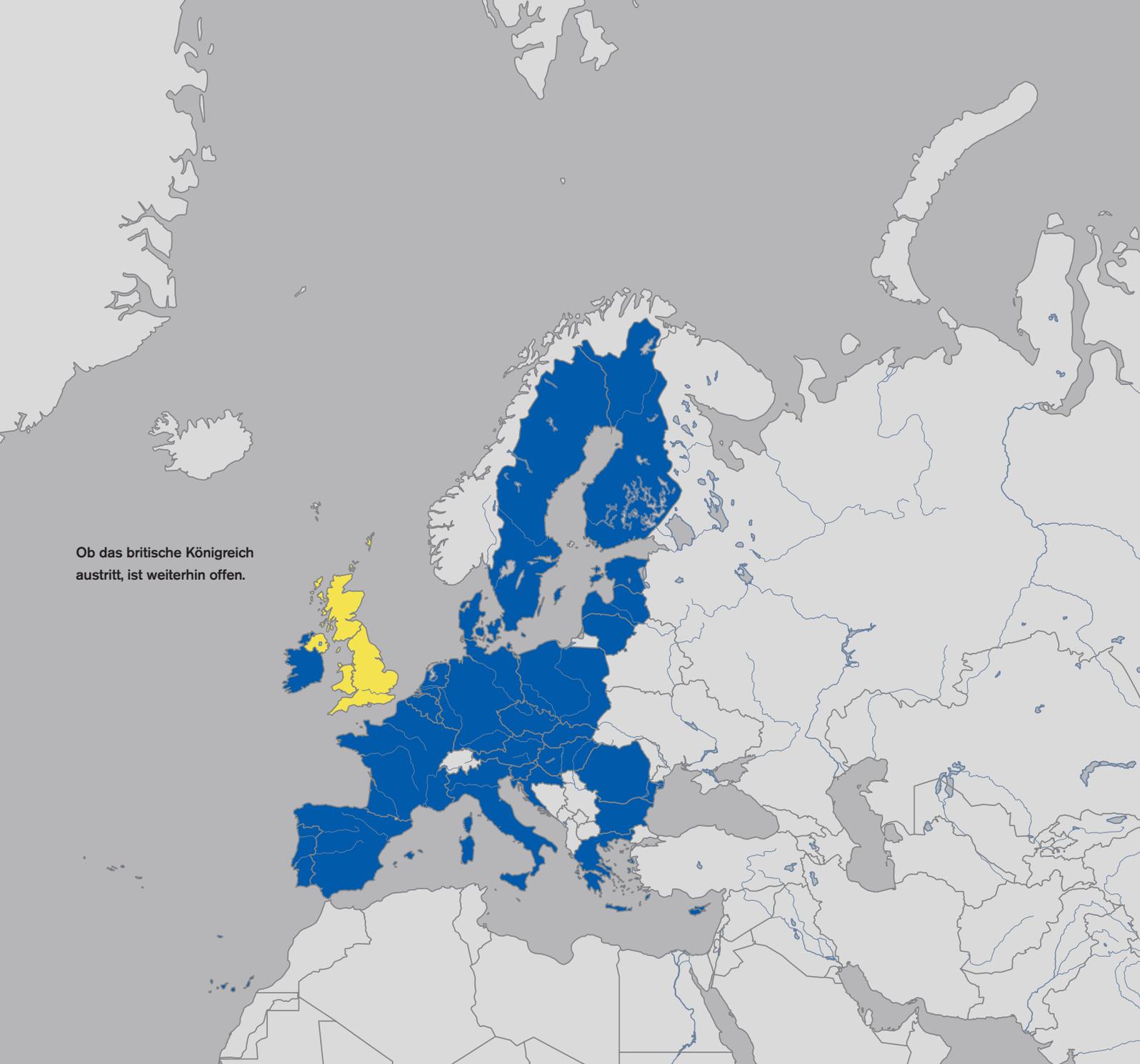
Das Ächten von Gotteslästerung, Religionsbeleidigung und Abtrünnigkeit vom Glauben verschärft religiöse Intoleranz und Extremismus und fördert Gewalt. Die Kriminalisierung von Religions- und Meinungsfreiheit ist anachronistisch und unhaltbar. Staaten hingegen, die Menschenrechte achten, schützen und einhalten, bestehen einen ernüchternden Realitätstest: Sie sind tendenziell politisch und gesellschaftlich stabil, ökonomisch erfolgreich sowie zeitgemäß und zukunftsfähig.

Es ist überfällig, die Ächtung von Blasphemie, Sanktionen gegen „Religionsverleumdung“ und die Intoleranz gegenüber Religionswechsel zu beenden.



THOMAS KRAPP
ist Menschenrechtler und
Consultant.

thomaskrapp87@gmail.com



Ob das britische Königreich austritt, ist weiterhin offen.

Warum die Welt die EU braucht

Nach heftigen Krisen wirkt die EU geschwächt. Sie ist aber nicht nach dem Brexit-Volksentscheid auseinandergefallen, sondern erscheint nun sogar geschlossener als zuvor. Ob die Briten wirklich austreten werden, steht derweil frühestens nach den Parlamentswahlen im Dezember fest. Klar ist aber, dass die EU weltweit relevant ist – in der Handels-, Entwicklungs- und Klimapolitik zum Beispiel. Die Menschheit braucht

nicht mehr Nationalismus, sondern mehr überstaatliche Kooperation.



Dieser Schwerpunkt bezieht sich unmittelbar auf das 17. Ziel für Nachhaltigkeit (Sustainable Development Goal – SDG): Partnerschaften zur Erreichung der Ziele. Er betrifft aber auch viele weitere SDGs wie Frieden, Klimaschutz und Beendigung des Hungers.



Bundesentwicklungsminister Gerd Müller zu Besuch im Integrated Polytechnic Regional Centre in Ruandas Hauptstadt Kigali 2016.

EU-RATSPRÄSIDENTSCHAFT

Investition in die Zukunft

Deutschland übernimmt kommenden Sommer die EU-Ratspräsidentschaft. Es wird die Chance nutzen, Europas Außenbeziehungen mitzugestalten und die europäische Entwicklungspolitik zu stärken, wie Bundesentwicklungsminister Gerd Müller in seinem E+Z/D+C-Beitrag erläutert. Sein besonderer Fokus gilt Afrika.

Von Gerd Müller

Wir alle sind Europa. Jedes globale Problem, das wir nicht lösen helfen, wird auch ein europäisches. Globale Herausforderungen wie Klimawandel, Bevölkerungswachstum und zunehmende Migration erfordern daher europäische Antworten. Zudem sehen wir uns mit neuen geopolitischen Allianzen und vielerorts schwindendem Vertrauen in die Lösungsfähigkeit des multilateralen Systems konfrontiert.

Vor diesem Hintergrund übernimmt Deutschland am 1. Juli 2020 für sechs Monate die Präsidentschaft des Rates der Europäischen Union. Die Erwartungen an

Deutschland als politisches und wirtschaftliches Schwergewicht Europas sind hoch.

Wir wollen diese Chance nutzen und Europas Außenbeziehungen mitgestalten – auch im Sinne zukunftsorientierter Entwicklungspolitik. Die Europäische Union muss ihrer Verantwortung in der Welt gerecht werden: für gute Partnerschaft mit unseren Nachbarn, für eine gerechte Globalisierung, für den Kampf gegen den Klimawandel. Dafür setze ich mich ein. Unsere Antwort auf die globalen Herausforderungen muss nicht weniger, sondern „mehr EU“ heißen.

EINE NEUE PARTNERSCHAFT MIT AFRIKA

Die Chancen und Herausforderungen unserer Zeit zeigen sich nirgends stärker als in Afrika. Mit seinem riesigen Potenzial an jungen Menschen, Rohstoffen und erneuerbaren Energien entscheidet sich unsere Zukunft maßgeblich auf unserem Nachbarcontinent. Bis 2050 könnte Afrikas Wirtschaftsleistung größer sein als die der EU

und der USA zusammen. Auch deshalb – und aufgrund globaler Machtverschiebungen – intensiviert sich der Wettbewerb in und um Afrika.

Europa braucht einen neuen Zukunftsvertrag mit Afrika als Folgeabkommen zum Cotonou-Vertrag. Vor diesem Hintergrund begrüße ich es sehr, dass die neue Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen angekündigt hat, dass die Erstellung einer neuen, umfassenden Afrika-Strategie eine zentrale Priorität der neuen Kommission sein wird.

Während unserer Ratspräsidentschaft wollen wir die Neuausrichtung der EU-Afrikapolitik mitgestalten. Die deutsche Entwicklungspolitik kann dazu wichtige Impulse liefern: Mit dem Marshall-Plan mit Afrika habe ich einen Paradigmenwechsel in der Kooperation mit Afrika eingeleitet. Aufbauend auf der Agenda 2063 der Afrikanischen Union unterstützen wir gezielt reformorientierte Regierungen bei der Verbesserung politischer Rahmenbedingungen wie Rechtsstaatlichkeit, Transparenz und Korruptionsbekämpfung.

Dadurch schaffen wir die Voraussetzungen für nachhaltige Investitionen der Privatwirtschaft, mehr Beschäftigung und den Aufbau eines „African Mittelstand“. Zusätzlich hebeln wir private Investitionen durch den neu geschaffenen Entwicklungs-

investitionsfonds, in dem wir bis zu einer Milliarde Euro für europäische und afrikanische Unternehmen bereitstellen.

Diesem Ansatz folgt auch die Compact-with-Africa-Initiative, die unter deutscher G20-Präsidentschaft ins Leben gerufen wurde. Auf dem Afrika-Gipfel in Berlin im November hat sich gezeigt, welche Dynamik diese neue Qualität der Kooperation mit Afrika entfalten kann. So wurden zahlreiche Investitionsvereinbarungen mit internationalen Organisationen und Unternehmen unterzeichnet.

Diese Erfahrungen werden wir in einen neuen europäischen Gesamtansatz für und mit Afrika einbringen.

GLOBALISIERUNG GERECHT GESTALTEN

Europas Rolle in der Welt stärken, das heißt aber auch: Europa muss vorangehen bei der gerechten Gestaltung der Globalisierung. Am Anfang eines jeden Produkts stehen Menschen, die von ihrer Arbeit leben müssen. Voraussetzung dafür sind soziale und ökologische Mindeststandards, die entlang der gesamten Wertschöpfungs- und Lieferkette gelten.

Dies umzusetzen liegt auch in der Verantwortung der Unternehmen. Deswegen müssen wir europäische Regelungen vereinbaren, die Vorreiterunternehmen schützen und gleiche Spielregeln für alle schaffen. Denn: Menschenrechte einzuhalten darf kein Wettbewerbsnachteil sein!

Freier Handel bleibt eine wichtige Voraussetzung für Wachstum und Wohlstand. Aber dieses Wachstum ist nur dann nachhaltig, wenn der Handel nicht nur frei, sondern auch fair gestaltet wird. Die EU sollte sich für verbindliche und einheitliche Nachhaltigkeitsstandards in allen umfassenden Freihandelsabkommen einsetzen. Zollvorteile sollten künftig nur gewährt werden, wenn die Produkte (zum Beispiel Palmöl) nachhaltig hergestellt werden.

Zudem muss die EU die noch bestehenden Handelshemmnisse, wie Zölle, Quoten und nichttarifäre Hemmnisse, vor allem für Nordafrika beseitigen und die afrikanischen Staaten beim Aufbau einer wettbewerbsfähigen Wirtschaft unterstützen. Qualitätsinfrastruktur, Ausbildung und Qualifizierung müssen hier im Vordergrund stehen.

Heute sind Wohlstand, Lebensqualität und Frieden in einem nie gekannten

Ausmaß bedroht vom menschengemachten Klimawandel und den Auswirkungen des Raubbaus an unserer Umwelt. Deshalb muss sich Europa im 21. Jahrhundert klar zu einer Politik der Nachhaltigkeit bekennen und dies selbst vorleben.

Europa muss bis 2050 klimaneutral werden. Die EU muss beim Klimaschutz eine internationale Vorreiterrolle übernehmen, um entsprechende Anstrengungen auch bei den Schwellen- und Entwicklungsländern glaubwürdig einfordern zu können. Die Ankündigung eines „European Green Deal“ durch Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen setzt hier das richtige Zeichen. Dieser Green Deal muss jedoch auch ein Deal mit unseren Partnerländern sein – denn den Kampf gegen den Klimawandel können wir nur gemeinsam gewinnen.

Die enorme Dynamik Afrikas birgt die Chance, von Beginn an klimafreundliche und an den Klimawandel angepasste Entwicklungspfade einzuschlagen. Afrika wird eine entscheidende Rolle dabei spielen, ob Klimawandel sich eindämmen lässt und Entwicklung ökologisch, wirtschaftlich und sozial nachhaltig wird.

Deshalb unterstützen wir mit unserer Entwicklungszusammenarbeit afrikanische Länder etwa dabei, ihre Energiesysteme auf erneuerbare Energien einzurichten. Wenn Afrika sein enormes Potenzial an Wind-, Sonnen- oder Bioenergie nutzt, kann es zum „grünen Kontinent“ werden. Wir als Europäische Union müssen solche Entwicklungssprünge im Rahmen der Zusammenarbeit möglich machen!

Gleichzeitig müssen wir unsere Zusammenarbeit – vom Infrastrukturaufbau bis zur Landwirtschaft – auf die schon jetzt spürbaren Folgen des Klimawandels ausrichten und damit Lebens- und Entwicklungsperspektiven sichern. Zum europäisch-afrikanischen Green Deal gehört auch, dass wir uns für ein ambitioniertes Klimafinanzierungsziel für die Zeit nach 2025 mit breiter Geberbasis einsetzen. Wir haben die Verantwortung, unsere Partner in Entwicklungsländern auch weiterhin bei der Finanzierung von Klimaschutz- und Anpassungsmaßnahmen zu unterstützen.

Dabei müssen wir viel stärker in Innovationen investieren. Grüner Wasserstoff zum Beispiel, gewonnen mit Strom aus den Wüsten Afrikas, kann das Klima- und Energieproblem lösen helfen und gleichzeitig

Jobs und Perspektiven vor Ort schaffen. Blockchain für elektronische Verwaltung und Zollabwicklung, Drohnen für Medikamentenlieferung in entlegene Gegenden – Digitalisierung ermöglicht Quantensprünge! Das müssen wir für Entwicklung nutzen. Die Europäische Union mit ihren hohen Standards, etwa im Datenschutz, kann hier wichtige Rahmenbedingungen setzen.

STARKE STRUKTUREN UND STABILE FINANZEN FÜR NACHHALTIGE ENTWICKLUNG

Sicher ist: Die Weichen für eine Politik der globalen Nachhaltigkeit zu stellen wird eine institutionelle und strukturelle Neuausrichtung erfordern, es wird Geld kosten – aber es ist eine Investition in die Zukunft!

Ein stärkeres Engagement der EU für die globalen Herausforderungen muss sich auch im neuen mehrjährigen Finanzrahmen 2021–2027 abbilden. Es ist richtig, dass die Mittel im Bereich Migration deutlich steigen.

Genau diese Zuwächse brauchen wir auch für die Zusammenarbeit mit Afrika. Aber bisher sollen die Mittel gerade einmal von 5 auf 6 Milliarden Euro pro Jahr steigen. Für die Agrarpolitik geben wir weiterhin fast das Zehnfache aus. Wir brauchen eine sehr viel deutlichere Steigerung der Mittel. Denn Migration lässt sich auf Dauer nur verringern, wenn die Menschen in ihren Heimatländern Perspektiven haben – auf Ausbildung, Jobs, Einkommen. Gleichzeitig gilt es, die Weichen beim Klimaschutz zu stellen.

Eine neue Partnerschaft mit Afrika, konkrete Ansätze für eine gerechtere Gestaltung der Globalisierung, mehr Innovation für Klima- und Umweltschutz und eine kohärente, auf Nachhaltigkeit ausgelegte Finanzierung: Mit diesen Themen wird sich Deutschland während der Ratspräsidentschaft im zweiten Halbjahr 2020 für eine Stärkung der europäischen Entwicklungspolitik einsetzen – damit Europas Rolle in der Welt die einer Macht des Friedens und der Nachhaltigkeit werden kann.



GERD MÜLLER
ist Bundesminister für
wirtschaftliche
Zusammenarbeit und
Entwicklung.

<http://www.bmz.de>

REGIONALE INTEGRATION

Irischer Frieden in Gefahr

Die Dekolonialisierung hat oft zu willkürlichen Grenzen geführt und so andauernde Spannungen und Konflikte geschaffen. Der ehemaligen Kolonialmacht Britannien macht die Grenze zu schaffen, die sie selbst quer durch Irland gezogen hat. Dank regionaler Integration im EU-Kontext wurde sie allerdings zunehmend obsolet. Theoretisch könnte das auch anderswo funktionieren. Ob der fragile irische Frieden den Brexit überlebt, ist offen.

Von Ciarán Ó Maoláin

Im Ersten Weltkrieg flammte die irische Unabhängigkeitsbewegung neu auf und zwang den britischen Staat schließlich zum Rückzug – abgesehen von deren nordöstlichem Teil. Dieses Fünftel der Insel hieß fortan Nordirland und blieb Teil des United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland. („Großbritannien“ heißt die Hauptinsel.) Vor nicht einmal 100 Jahren entstand mit hin eine damals streng bewachte Grenze, die das Königreich von der Republik Irland trennte.

Damals identifizierten sich die meisten Nordiren als Briten. Sie waren überwiegend Protestanten und wurden „Loyalists“ oder „Unionists“ genannt. Die unterdrückte katholische Minderheit bezeichnete sich als irisch. Sie wurden „Republicans“ oder „Nationalists“ genannt. Heute sind beide Volksgruppen ungefähr gleich groß.

Es gab immer wieder Gewalt. Beide Seiten hatten bewaffnete Gruppen. Die längste Konfliktphase hielt von 1968 bis 1998 an und forderte mehr als 3500 Leben. Die meisten Opfer gehörten keiner Miliz an. Das, was in Afrika, Asien oder Lateinamerika als „fragile Staatlichkeit“ gilt, plagte ein G7-Mitglied. Staatliche Sicherheitskräfte waren nicht neutral. Polizei und Armee standen eng mit den Loyalists in Verbindung.

Der Konflikte endete 1998 mit dem Karfreitagsabkommen. Geschlossen haben es Vertreter beider Volksgruppen, wobei die Regierungen des Vereinigten Königreichs und der Republik Irland das Ergebnis vertraglich bestätigten. EU und USA unterstüt-

zen das Abkommen. Die beiden Volksgruppen einigten sich darauf, in Nordirland die Macht zu teilen. Dublin und London agierten freundschaftlich. Das Abkommen bekräftigte das Recht der Nordiren, selbst zu entscheiden, welchen Pass sie haben wollten oder sich auch für die doppelte Staatsangehörigkeit zu entscheiden. Beide Staaten gehörten der EU und ihrem Binnenmarkt

zeigen sie Kilometer an – sowie Ortsnamen auf Gälisch und Englisch. Grenzkontrollen sind entfallen.

Gewalt gibt es nur noch in einem Maß, das in den meisten Ländern als tolerabel gelten würde. Vor allem kriminelle Loyalists begingen seit 1998 noch politisch motivierte Morde, aber eine geringere Zahl von Verbrechen haben auch republikanische Gegner des Friedensabkommens begangen.

Auf der Insel ahnte kaum jemand, dass die Engländer den Vorteil der Mitgliedschaft im weltgrößten Handelsblock aus den Augen verlieren würden. Beim Brexit-Volksentscheid stimmten 56 Prozent der nordirischen Wähler für „Remain“. Im gesamten König-



Illloyaler künftiger Regierungschef mit der loyalistischen DUP-Politikerin Arlene Foster im Sommer 2019. Bevor er Premierminister wurde, versprach Boris Johnson, es werde keine Grenze zwischen Nordirland und Großbritannien geben, aber sein Brexit-Abkommen mit der EU würde eine schaffen.

an, die Menschen konnten sich also frei hin und her bewegen, und es gab keinen Anlass für Zollkontrollen mehr.

Seit 20 Jahren ist die Insel ein Musterbeispiel für das EU-Ziel des freien Verkehrs von Personen, Waren, Dienstleistungen und Kapital. Heute pendeln Berufstätige zwischen den beiden Staaten. Unternehmen aus dem Norden expandieren nach Süden und umgekehrt. Reisenden fällt der Übertritt von einem Staat in den andern kaum auf: Die britischen Verkehrszeichen verwenden Englisch und Meilen; in der Republik

reich gewann aber „Leave“ mit 52 Prozent (siehe Kasten nächste Seite). Die Nordiren ärgert, dass eine knappe Wählermehrheit die Souveränität hat, auch ihre Heimat aus der EU zu holen – und zwar ohne jede Rücksicht darauf, welche Folgen das für Irland hat.

Der Frieden wurde umso stabiler, je unwichtiger die vor 100 Jahren willkürlich gezogene Grenze wurde. Mit dem geplanten Austritt des Königreichs aus der EU wird sie aber wieder zum Problem, mit dem alte Spannungen und Identitätsfragen verknüpft sind.



Dublin machte das von Anfang an deutlich, und folglich fanden auch die anderen 26 EU-Regierungen jegliche neue harte Grenze unakzeptabel. Dabei spielten Wirtschaftsinteressen eine Rolle, aber das Hauptziel war der Schutz des fragilen Friedens.

Die meisten Nordiren – ob katholisch oder protestantisch – befürworten das Karfreitagsabkommen. Nur Radikale beider Seiten lehnen es ab. Die extremistischen Loyalists sind gefährlicher, werden aber weniger beachtet.

Sinn Fein, die wichtigste nationalistische Partei mit Kontakt zur militanten IRA (Irish Republican Army) akzeptierte das Friedensabkommen. Sie sah, dass die wirtschaftliche Integration im EU-Verbund beide Teile Irlands zusammenwachsen lassen würde – und zwar so, dass die Trennung komplett hinfällig werden würde. Der Frieden war weder die Folge von Feigheit noch von Erschöpfung. Die IRA hatte lange gekämpft und dabei auch schwere Angriffe auf der britischen Hauptinsel ausgeübt, löste

sich dann aber auf und legte die Waffen nieder. Eine kleine Minderheit militanter Republikaner sieht das Karfreitagsabkommen jedoch noch als Legitimierung britischer Herrschaft. Sollten Zollkontrollen, Polizeiposten und Armeepatrouillen wieder eingeführt werden, könnten militante Kräfte diese als „legitime“ Angriffsziele sehen.

Britische Medien bezeichnen die „irische Grenze“ als das Problem. Das zeigt, wie wenig sie verstanden haben, denn es geht um die britische Grenze. Der Satiriker Dara Ó Briáin formuliert treffend: „Die irische Grenze ist der Strand.“

KEINE HARTE GRENZE – ODER DOCH?

Es dauerte entsetzlich lange, bis London begriff, dass keine harte Grenze entstehen durfte. Erst vor wenigen Wochen akzeptierte Premierminister Boris Johnson diese Tatsache. Er hatte das Abkommen, das seine Vorgängerin Theresa May mit der EU schloss, heftig kritisiert. Es hätte das ganze Königreich bis zum Abschluss eines neuen Handelsvertrags mit der EU in deren Zollunion behalten. Johnson wetterte dagegen und sprach von unakzeptablem Souveränitätsverlust. Aber im Oktober schloss er selbst ein Abkommen mit der EU, das eine neue Zollgrenze zwischen Großbritannien und der gesamten irischen Insel vorsieht.

Was geschehen wird, ist offen und hängt von den britischen Parlamentswahlen im Dezember ab. Wenn Johnson sein Abkommen durchsetzen kann, bleibt Nordirland de facto im EU-Binnenmarkt, so dass neuartige Zollkontrollen in der Irischen See nötig werden. Radikale Loyalists hassen

diese Aussicht und fühlen sich zu Recht von Johnson betrogen.

Wie die meisten Republikaner wollen auch die meisten Loyalists Frieden. Auf beiden Seiten gibt es jedoch kleine Gruppen bewaffneter Extremisten, und die größten illegalen Milizen sind loyalistisch: die Ulster Volunteer Force (UVF) und die Ulster Defence Association (UDA). Sie drohen bereits mit einer Kampagne gegen Johnsons Brexit. Ob sie genug Unterstützung haben, um nicht nur Demonstrationen sondern auch Gewalttaten durchzuführen, bleibt abzuwarten.

Die größte loyalistische Partei ist die DUP. Sie gehört auch zu den radikalsten und hat das Karfreitagsabkommen nie ganz akzeptiert – aus Sorge, Regionalintegration werde zur Wiedervereinigung der Insel führen. Sie unterstützte deshalb bei der Volksabstimmung „Leave“ und fühlt sich jetzt aber von Johnsons Konservative im Stich gelassen, denen ihre abgelegene Heimat offensichtlich egal ist. Es ist bedrohlich, dass die DUP-Vorsitzende sich mit illegalen Milizionären getroffen hat. Fast überall würde es als Skandal gelten, wenn sich ein Politiker mit paramilitärischen Gangstern beriete. Aber wie meist entgingen der britischen Presse irische Vorgänge. Die größte Bedrohung für Irlands Frieden wäre nun ein erneutes Bündnis legal agierender Loyalists mit gewalttätigen Gangstern.



CIARÁN Ó MAOLÁIN
ist ein irischer Journalist.

ciaran@omaolain.com
twitter: @OMaolainCiaran

Englischer Populismus und schottischer Nationalismus

Eine Welle des Populismus hat viele europäische Länder in den vergangenen Jahren überflutet. In Britannien – und besonders in England – nahm sie die Form einer Anti-EU-Bewegung an.

Jahrelange Sparpolitik, die langwierige Erholung von der glo-

balen Finanzkrise und die Stimmungsmache rechtsgerichteter Zeitungen gaben ihr Schwung. Unverantwortliche Politiker verbreiteten Lügen über die Regulierungswut der EU. Briten müssten die Kontrolle zurückgewinnen, hieß es.

Bei der Volksabstimmung 2016 setzte sich Leave zur allgemeinen Überraschung durch. Der Austritt aus der EU gestaltet sich aber schwerer als gedacht und wird vielleicht gar nicht vollzogen. Wenn am 12. Dezember ein neues Parlament mit Pro-EU-Mehrheit gewählt wird, wird der Brexit vielleicht abgesagt oder ein zweites Referendum abgehalten.

Die Brexit-Entscheidung hat nicht nur in Nordirland

Bestürzung ausgelöst (siehe Haupttext), sondern auch in Schottland. Dort stimmten 62 Prozent für Verbleib in der EU. Die Partei der schottischen Nationalisten (SNP) ist pro-EU, und Meinungsumfragen sagen ihr ein gutes Wahlergebnis voraus. Sie würde Schottland vielleicht wieder zurück in die EU führen – und dann gäbe es eine neue harte Grenze in Großbritannien selbst. com

GLOBALE UMWELT

„Wir schwimmen gegen die Flut“

Der Wissenschaftler Saleemul Huq aus Bangladesch verfolgt die internationalen Klimaverhandlungen von Anfang an. Ihm zufolge hat das multilaterale System versagt, aber er begrüßt die jüngste Entscheidung der Europäischen Investitionsbank, aus fossiler Energie auszusteigen. In unserem Interview beurteilt er die Rolle der EU.

Saleemul Huq im Interview mit Hans Dembowski

Inwiefern ist die EU in Klimaverhandlungen wichtig?

Sie ist sehr wichtig, denn sie will als Block wohlhabender Nationen noch etwas erreichen. Die USA sind unter Donald Trump aus dem Pariser Klima-Abkommen ausgestiegen. Seine Administration ist inzwischen wohl die korrupteste der Welt, die sich völlig an die Öl-, Gas- und Kohleindustrie verkauft. Regierungen anderer wichtiger Staaten – Japan, Australien, sogar Kanada – haben zwar nicht angekündigt, das Pariser Abkommen aufzugeben, aber auch sie tun kaum etwas, um ihre seinerzeit gemachten Versprechen umzusetzen. Also ist die EU unter den reichen Staaten für die Entwicklungsländer der letzte verlässliche Partner. Ohne die proaktive Haltung der EU hätte es das Pariser Abkommen nicht einmal gegeben. Allerdings dürfen wir nicht vergessen, dass die reichen Ländern viel mehr CO₂ emittieren als die weniger entwickelten. Deshalb ist es gut, dass die EU als großer Staatenbund an den Zielen festhält.

Europäische Umweltaktivisten finden die eigenen Maßnahmen der EU aber nicht überzeugend.

Ja, und da ist auch etwas dran. Einerseits muss man anerkennen, dass Konsens in einer supranationalen Organisation mit so vielen Mitgliedsländern schwer zu erreichen ist. Aber es gibt auch verstörende Ambivalenzen. Deutschland zum Beispiel übernimmt gern die internationale Führungsrolle bei der Formulierung von Ambitionen, hinkt aber momentan den Zielen hinterher, die Ihre Bundesregierung aufge-

stellt hat. Hoffen wir, dass Deutschland sich beim Klimaschutz beeilt, statt einfach nur Ziele herunterzuschrauben. Die Ziele der internationalen Gemeinschaft müssen nämlich viel ehrgeiziger werden. Die Klimakrise eskaliert – und zwar viel schneller, als selbst die düstersten wissenschaftlichen Prognosen vorhersahen. Doch Politiker reagieren nicht auf die drohende Gefahr. Die Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen (UNFCCC) ist gescheitert. Wir klopfen uns für ausgesprochene Ambitionen gegenseitig auf die Schulter, während Wetterextreme mit verheerenden Auswirkungen zunehmen – Waldbrände in Kalifornien, Dürre in der Sahelregion, verheerende Wirbelsturm-bildung über allen drei Ozeanen. Das multinationale System funktioniert nicht.

Was sollte die EU aus Ihrer Sicht hier tun?

Ich bin an dem Punkt, wo ich von Regierungen nicht mehr viel erwarte. Was mir Hoffnung macht, sind die Energie und Dynamik der Protestbewegungen wie Fridays for Future oder Extinction Rebellion. Die Jugend hat verstanden, dass ihre Zukunft gefährdet ist. Sie übernimmt die Führung. Die schwedische Teenagerin Greta Thunberg hat Millionen von Gleichaltrigen inspiriert, sich für Klimaschutz zu engagieren.

Diese internationale Bewegung startete in Schweden, breitete sich über Europa aus und mobilisiert inzwischen Jugendliche weltweit. Dieser Protest hat mehr Wucht, wenn er während des verbindlichen Pflichtunterrichts auf der Straße stattfindet und somit Regeln bricht. Das ist der Mut, den wir brauchen. Wir müssen global handeln, um dieses globale Problem anzugehen. Dafür brauchen wir globale Solidarität. Keine Nation ist dieser Herausforderung allein gewachsen. Da Regierungen meist auf die öffentliche Meinung reagieren, kann Protest etwas bewirken. Er kann Staaten vielleicht dazu bringen, effektiver zu kooperieren.

Ist es Zufall, dass sowohl die Schulstreiks als auch Extinction Rebellion in Europa begannen?

Nein. Die jungen Leute wollen, dass ihre Regierungen sich den Herausforderungen stellen und längst gemachte Versprechen erfüllen. Das ist in den USA, wo die junge Generation einen Green New Deal fordert, genauso. Aber es spielt eine Rolle, dass die internationale Medienberichterstattung von BBC, CNN und Deutscher Welle dominiert wird. Die Medienhäuser der reichen Nationen definieren, was weltweit als wichtig gilt. Sie interessieren sich oft nur dafür, was in ihren Regionen passiert. In Dhaka sind Teenager genauso beunruhigt über die globale Erwärmung wie in Europa, aber sie bekommen nicht dieselbe Aufmerksamkeit wie Greta Thunberg in Stockholm. Die internationale Presse nimmt uns nur im Katastrophenfall wahr. Über unsere legitimen For-



Klimademo in Frankfurt/Main im März 2019.

derungen berichtet sie nicht. Al Jazeera ist anders und hat andere Schlagzeilen. Gut ist aber, dass die Klimaproteste, die wir seit einem Jahr sehen, wirklich international sind.

Sie sagen, das multilaterale System funktioniere nicht. Wie bewerten Sie die Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs), zu denen sich auch die EU-Mitgliedstaaten verpflichtet haben?

Ich halte sie für wertvoll. Sie sind nicht rechtlich bindend, aber sie lenken die Aufmerksamkeit politischer Entscheidungsträger auf wesentliche Belange. Unsere Premierministerin Sheikh Hasina Wajed verwendet sie als Maßstab. Sie unterstützt die UN-Agenda und wirbt international für das Wasser-SDG. Es ist enorm wichtig, dass die SDGs eine globale Agenda sind und nicht bloß eine, die Entwicklungsländer irgendwann einmal erfüllen müssen, wie das ärgerlicherweise bei den Millenniums-Entwicklungszielen war. Die SDGs erfordern globale Anstrengungen – und man kann gar nicht oft genug sagen, dass wir das brauchen. Wir schwimmen alle gegen die Flut, und wir müssen weitermachen. Vielleicht können wir noch etwas bewirken. In diesem Kontext sind die SDGs ein Hilfsmittel.

Nichtbindende Beschlüsse werden nicht ausreichen, um die Weltprobleme zu lösen. Wir brauchen verbindliche Verpflichtungen. Sehen Sie die EU als ein Modell für überstaatliche Politikgestaltung?

Soweit ich das beurteilen kann, kopieren regionale Staatenverbände den EU-Ansatz mit Blick auf Handel. Sie richten Freihandelszonen ein oder Zollunionen. Wie effektiv das ist, variiert von Region zu Region. Der Verband Südostasiatischer Nationen (ASEAN) ist dynamischer als die Südasiatische Vereinigung für regionale Kooperation (SAARC). Letztere wird vom permanenten Streit zwischen Indien und Pakistan blockiert. Aber auch ASEAN tut nichts gegen die menschenrechtswidrige Verfolgung der muslimischen Minderheit in Myanmar. Bangladesch wird mit der Versorgung der Flüchtlinge alleingelassen. Nein, ich sehe keine supranationale Politik nach dem Vorbild der EU.

Anders als andere regionale Verbände hat die EU starke gemeinsame Institutionen, wie eine Administration, einen Gerichtshof und ein Parlament. Die Mitgliedsländer



Zerstörung durch Hurrikan auf den Bahamas im Sommer 2019.

teilen sich ihre Souveränität. Ist das wünschenswert?

Ich denke, ja. Ich habe mit meiner Familie zwei Jahrzehnte in Großbritannien gelebt, wir haben die doppelte Staatsbürgerschaft. Die europäische Identität, die sich allmählich herausbildet, schätzen wir sehr. Sie ergänzt die nationale Identität vieler Menschen. Das Erasmus-Programm, das Studenten ein Semester lang an einer Hochschule eines anderen Mitgliedslandes studieren lässt, ist großartig. Mein Sohn war in Spanien. Bemerkenswert ist, dass viele Briten die europäische Identität nun plötzlich mehr schätzen als in der Vergangenheit. Vor dem Brexit-Referendum hat man die europäische Flagge kaum gesehen. Jetzt hissen die Remainer sie ständig. Der Brexit ist enorm zerstörerisch, und er hält Menschen davon ab, sich mit Wichtigerem auseinanderzusetzen – wie etwa der Klimakrise.

Die britische Regierung beteuert, sie werde Umweltstandards nicht absenken.

Das sagt sie, aber ihr Deregulierungsprogramm spricht eine andere Sprache. Die Brexit-Befürworter tun so, als würden die britischen Unternehmen im internationalen Wettbewerb stärker werden, wenn sie erst einmal tun und lassen dürfen, was sie wollen. Umweltgesetze begrenzen diese Freiheit. Weltweit leugnen Rechtspopulisten die Klimakrise, und das tun auch viele Brexit-Enthusiasten. Offensichtlich fördert das die einflussreiche Energie- und Brennstoffindustrie. Wir wissen heute, dass Wissenschaftler von Exxon in den 1980er Jahren schon ziemlich genau vorhergesagt

haben, wie die Klimakrise sich entwickeln würde. Das Topmanagement muss also auch Bescheid gewusst haben. Trotzdem hat sich diese Branche bis heute immer gegen entschlossenen Klimaschutz gewehrt.

Also bestimmen sie die Politik?

Nicht ganz – abgesehen von den Klimaprotesten gibt es einen zweiten Hoffnungsschimmer. Seit einiger Zeit ziehen sich Privatinvestoren aus der Kohleförderung zurück. Jetzt beginnt das auch im Öl- und Gassektor. Die Europäische Investitionsbank, eine wichtige EU-Einrichtung, hat sogar angekündigt, bis Ende 2021 ganz aus fossiler Energie auszustiegen. Auf solche Signale achten Privatanleger. Ich finde es bemerkenswert, dass heute nur noch Regierungen, die sich Sorgen um traditionelle Bergbauregionen machen, in die Kohleförderung investieren. Wer weiß, Massenproteste schaffen vielleicht doch eine öffentliche Meinung, damit auch das weltweit aufhört.



SALEEMUL HUQ
ist Direktor des International Centre for Climate Change and Development (ICCAD) an der Independent University,

Bangladesch (IUB) in Dhaka. Er ist außerdem langjähriger Mitarbeiter des International Institute for Environment and Development in London. Dieses Interview fand vor der Klima-Notstandeserklärung des Europäischen Parlaments vom 28. November statt.

saleemul.huq@iied.org
<http://www.iccad.net/>

EU-AFRIKA-HANDELPOLITIK

Weg von reinen Rohstoffexporten

Handel kann Entwicklung vorantreiben. Seit 2018 könnte Mosambik grundsätzlich von einem Wirtschaftspartnerschaftsabkommen mit der EU profitieren. Das Abkommen bietet Chancen, die das Land allerdings auch ergreifen muss.

Von Friedrich Kaufmann und Winfried Borowczak

Während der regionale Austausch innerhalb Afrikas immer noch relativ gering ist, treiben viele afrikanische Länder regen Handel mit Asien, Amerika und Europa. Meist folgt der Handel seit der Kolonialzeit einem typischen Muster: Rohstoffe und weitgehend unverarbeitete Produkte werden aus Afrika exportiert, Fertigprodukte mit hoher Wertschöpfung werden importiert. Das ist auch in Mosambik so (siehe Kasten unten).

Mit Handelsabkommen versucht die EU dieses Muster zu durchbrechen. „Economic Partnership Agreements“ (EPAs) heißen von der EU geförderte Abkommen über Freihandelszonen mit Regionalorganisationen afrikanischer, karibischer und pazifischer Staaten (AKP-Staaten). EPAs sollen nicht nur dazu beitragen, den Handel anzukurbeln, sondern auch die industrielle Fertigung anregen, exportierbare Produkte generieren und so Arbeit und Einkommen

schaffen. Bislang exportiert Mosambik aber weiterhin vor allem Rohstoffe wie Kohle, Aluminium, Titanium sowie Fisch, Zucker und Tabak. Unter Experten ist umstritten, ob EPAs zum gewünschten Erfolg führen (siehe Monika Hellstern im Schwerpunkt des E+Z/D+C e-Paper 2019/03).

Seit 2014 ist das EPA-Abkommen, das WTO-Regeln entspricht, in einigen SADC-Staaten (Southern African Development Community) in Kraft, und seit 2018 gilt es

auch für Mosambik. Das neue Abkommen hängt nicht vom Status als Entwicklungsland ab. Das ist ein Vorteil gegenüber „Everything but Arms“ (EBA). EBA bedeutet, dass Entwicklungsländer alles außer Waffen und Munition zollfrei in die EU liefern können. Das EPA ermöglicht nun aber, den grenzüberschreitenden Handel auch innerhalb Afrikas auszubauen. Einbindung in Lieferketten nach Südafrika und weiter in die EU könnte die Industrialisierung beschleunigen. Obendrein werden die Exportprozeduren vereinfacht.

Das Abkommen könnte sich besonders dann als Vorteil erweisen, sollte Mosambik durch die enormen Gasfunde im Norden des Landes seinen Status als Entwicklungsland einmal verlieren. Dann wäre



Mosambik exportiert hauptsächlich Rohstoffe: Hafen von Maputo.

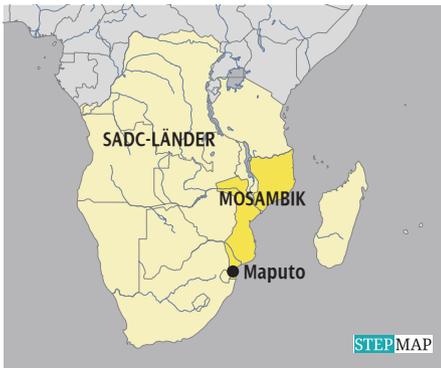
Mosambiks Handel mit Deutschland

Die Wirtschaftsbeziehungen Mosambiks mit Deutschland sind durch Rohstoff-Exporte gekennzeichnet. Deutschland importiert Steinkohle aus den Tete-Minen, Rohaluminium aus der MOZAL-Schmelze bei Maputo und Tabak aus Zentralmosambik.

Halbedelsteine, etwa Rubine, ergänzen das Import-Portfolio. Dieses Muster ist seit Jahren stabil. Jüngst kam der Export von Rohgrafit hinzu, da ein deutsches Unternehmen eine Grafitmine in Betrieb nahm. Dagegen hat Zucker als Importware aus Mosambik seine

einstige Bedeutung verloren. Das Handelsvolumen zwischen Deutschland und Mosambik betrug 2018 circa 400 Millionen Dollar nach 330 Millionen Dollar 2017 und rund 300 Millionen im Jahr 2016. Anders als mit den meisten Außenhandelspartnern erzielte Deutschland keinen Exportüberschuss mit Mosambik. 2018 betrug das Handelsdefizit noch 150 Millionen Dollar – etwa 25 Prozent weniger als im Jahr davor. Deutschland exportiert Ma-

schinen, Laborchemie, Fahrzeuge, elektrotechnische Geräte, aber auch Getreide, nach Mosambik. Die Exporte sind oft projektbezogen und daher sehr variabel, je nach Jahr. Auffällig ist der Export von Getreide, das in der Brot- und Backindustrie verwendet wird. Deutsche Unternehmen investieren kaum in Mosambik, schaffen also auch nur sehr wenig Arbeitsplätze. Deutsche Unternehmen nehmen das Land hauptsächlich als Absatzmarkt wahr. fk/wb



die Zollfreiheit dank EPA ebenfalls wertvoll. Das EPA verpflichtet Mosambik, im Verlauf von zehn Jahren etwa 74 Prozent der Importe aus der EU zollfrei zu stellen. 26 Prozent bleiben aus fiskalpolitischen Gründen ausgenommen. Bislang generiert Mosambik nämlich vor allem mit Zöllen Staatseinnahmen. Obendrein sollen die weiterhin möglichen Zölle verhindern, dass heimische

Industrien zu hohem Konkurrenzdruck ausgesetzt werden. Allerdings gibt es in Mosambik bislang kaum Industrie, also ist diese Sorge eher theoretisch als praktisch relevant. Wenn junge Industriezweige (infant industries) aufgebaut werden, können zudem Schutzmechanismen (safeguards) aktiviert werden.

Das EPA könnte, klug genutzt, für Industrialisierung und Wirtschaftsentwicklung eingesetzt werden. Doch gibt es in Mosambik bis dato kein wirksames, umfassendes „Begleitprogramm“ zur Implementierung des EPA. Wichtig wären der Ausbau von Infrastruktur, Korruptionsbekämpfung, Bürokratieabbau, die Auflösung von oligarchischen Interessenkartellen der politischen Elite sowie die Förderung lokaler nicht-oligarchischer Unternehmerverbände.

Das Geschäftsklima ist immer noch zu schlecht, um mehr Investitionen anzuziehen. Dazu kommt, dass Mosambik über

keine kohärente Exportstrategie verfügt, die systematisch Unternehmen in die Lage versetzt, Produkte herzustellen, die exportfähig sind. Das EPA bietet Chancen für eine strategische Industriepolitik, aber diese Chancen bleiben wertlos, wenn die Regierung sie nicht ergreift.



FRIEDRICH KAUFMANN
ist Leiter der Deutschen
Auslandshandelskammer in
Maputo, Mosambik, gefördert
durch BMZ, GIZ ExperTS.

friedrich.kaufmann@gmx.net



WINFRIED BOROWCZAK
ist Sozialökonom und freier
Consultant mit den
Schwerpunkten

Privatsektorförderung und
Organisationsentwicklung in Afrika und
portugiesischsprachigen Ländern.
winborow@aol.com



Werden Sie
unser Fan auf
Facebook!



WELTORDNUNG

„Taumelnder Kontinent“

Aus Sicht des Politikwissenschaftlers Dirk Messner kommt der EU eine wichtige Rolle in der Weltpolitik zu. Ob sie ihr gewachsen ist, muss sich noch zeigen.

Dirk Messner im Interview mit Hans Dembowski

Die EU müsse ein „Supermacht-Projekt“ sein, forderte neulich Gideon Rachman, der außenpolitische Kommentator der Financial Times. Stimmt das?

Zumindest muss sie die Stärke haben, gemeinsame Position zu zentralen Fragen der Weltordnung zu beziehen. Sonst kommen wir unter den Druck anderer Mächte. Die US-Regierung agiert zur Zeit volatil, gibt sich sowohl marktliberal als auch protektionistisch. Sie tendiert zu einem Politikstil, der früher in Washington „crony capitalism“ genannt wurde, verbunden mit einem autoritären Stil der Machtausübung. Nach Donald Trump ändert sich das hoffentlich – aber zur Zeit ist es so. China und Russland betreiben ihrerseits autoritäre Politik, wobei Russland nur ein starkes Militär, aber keine starke Wirtschaft hat. In diesem Umfeld muss sich Europa für einen erneuerten Multilateralismus sowie für das Leitbild demokratisch, rechtsstaatlich sowie sozial- und umweltpolitisch eingebetteter Märkte einsetzen. Dass autoritäre und populistische Tendenzen auch in den Mitgliedsländern selbst virulent sind, macht das nicht leichter.

Was muss die Europäischen Union in der Weltpolitik leisten?

Sie muss auf jedem Politikfeld sprach- und handlungsfähig sein. Wichtig sind insbesondere fünf große Themen mit hoher Weltordnungsrelevanz:

- Die UN brauchen mehr Unterstützung, und Europa hat ein großes Interesse an multilateraler Kooperation. Das ist friedenspolitisch extrem wichtig. Zudem bilden die Ziele für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals – SDGs) einen Orientierungsrahmen, der universelle Menschenrechte hochhält, europäischen Werten

entspricht und weltpolitischen Initiativen eine Richtung gibt.

- Die EU muss sich für eine globale Wirtschaftsordnung einsetzen, die Marktwettbewerb mit sozial- und umweltpolitischen Zielen kompatibel macht. Die gro-



Vor Wettbewerbskommissarin Margrethe Vestager haben auch Facebook, Amazon und Google Respekt.

ße Aufgabe des 21. Jahrhunderts ist es, in den Grenzen des Erdsystems fair verteilten Wohlstand für bald 10 Milliarden Menschen zu ermöglichen. Die große Bedeutung der EU in der Handelspolitik ist dafür eine guter Ausgangspunkt.

- Besondere Aufmerksamkeit verdienen dabei Digitalisierung und innovative Technologien. Es ist bemerkenswert, dass kein Nationalstaat – mit den Ausnahmen USA und China – auch nur annähernd eine vergleichbare Rolle bei der Regulierung der großen Internetkonzerne wie Facebook, Google oder Amazon spielt. Kein Unternehmen kann die EU einfach ignorieren, dafür ist ihr Markt viel zu groß. Europa sollte ein Leitbild für nachhaltige Digitalisierung ent-

wickeln (siehe Sabine Balk zum WBGU-Gutachten im Monitor des E+Z/D+C-e-Paper 2019/07).

- Existenziell wichtig ist zudem die Stabilisierung des Erdsystems. Die Klimakrise, der Zustand der Ozeane, Entwaldung, der Schwund der Artenvielfalt – es besteht großer Handlungsbedarf.
- Die EU muss sich als Zivilmacht für Frieden und Versöhnung einsetzen, was aber auch bedeutet, dass sie über ein Mindestmaß an militärischen Kapazitäten verfügen muss. Es ist nicht mehr möglich, sich wie früher auf die USA zu verlassen.

Globale Probleme erfordern globale Lösungen – und dafür sind Akteure mit globaler Reichweite nötig. Die EU muss einer davon sein.

Entspricht das dem Eigeninteresse der EU oder auch dem globalen Gemeinwohl?

Es entspricht dem Eigeninteresse und geht weit darüber hinaus. Wem wäre denn damit gedient, wenn die EU sich aus der Gestaltung der Weltordnung zurückzöge? Armen Volkswirtschaften und kleinen Ländern sicherlich nicht. Deren Entwicklungschancen hängen von einer einigermaßen fair geregelten Weltordnung ab.

Welche Rolle spielt dabei die konventionelle Entwicklungspolitik im Sinne von ODA (official development assistance)?

2017 finanzierten die EU und ihre Mitglieder ODA im Wert von 75 Milliarden Dollar. Das waren 57 Prozent des weltweiten Aufkommens. Je besser die EU diese Politik koordiniert, desto mehr kann es sich zu einem integrierten und überzeugenden Politikangebot an Partner zusammenfügen. Fragmentierte Entwicklungszusammenarbeit der europäischen Länder blockiert globale Wirksamkeit. Der Fokus muss auf den großen Themen wie Klima, Armut, Ungleichheit und Sicherheit liegen.

Heißt das, dass die EU vor allem auf Entwicklungsländer zugehen sollte? Welche anderen Bündnispartner kommen denn in Frage?

Es sind neue Allianzen nötig, und sie müssen unter anderem die alte Nord-Süd-Kluft überbrücken. Dabei geht es gewiss nicht nur um die kleinsten und ärmsten Länder. Etwa 60 Länder gehören heute weder zu den ärmsten Ökonomien noch zu den aufstrebenden Schwellenländern, und klassi-



Kein Kriegskontinent mehr: Kohl und Mitterrand gedenken 1984 der Toten des Ersten Weltkriegs.

sche Entwicklungspolitik ist für sie kaum attraktiv. Beispiele sind Indonesien, Peru und Südafrika. Es ist auch nicht nötig, immer mit denselben Partnern zu kooperieren. Klimapolitisch ist eine Allianz mit China nicht nur möglich, sondern auch dringend geboten. Bei Menschenrechten ist das aber diametral anders. Es wäre auch falsch, nur Partnerschaften mit den Regierungen von Nationalstaaten zu erwägen. Die EU kann auch Bündnisse mit US-Bundesstaaten wie Kalifornien oder New York eingehen. Partnerschaften mit Bundesländern oder Kommunen sind sicherlich auch in anderen Ländern sinnvoll – vor allem, wenn die Kooperation mit den nationalen Regierungen schwierig ist. Darüber hinaus sind Privatunternehmen und ihre Verbände wichtige Akteure. Auch in Abstimmung mit Wissenschaft und Zivilgesellschaft lässt sich einiges bewegen.

Nach der Euro- und Flüchtlingskrise und besonders dem Brexit-Referendum wirkt die EU aber derzeit geschwächt. Ist sie der Herausforderung gewachsen?

Das ist schwer vorherzusagen. Sie ist schon aus vielen Krisen gestärkt hervorgegangen.

Braucht die EU so etwas wie eine gemeinsame Sozialpolitik? Solch eine Art gelebter europäischer Solidarität könnte auch so etwas wie eine gemeinsame europäische Identität fördern.

Ja, solche Gedanken führen in die richtige Richtung. Die Bürger der Mitgliedsländer

empfinden die EU als ein Elitenprojekt mit einem gemeinsamen Binnenmarkt. Ihre Haltung zur EU würde sich ändern, wenn sie stärker erführen, dass die EU ihnen soziale und menschliche Sicherheit gibt. Zudem zeigen viele Umfragen, dass die EU-Bürger sich eine wirkungsvolle gemeinsame Außenpolitik wünschen.

In der Euro-Krise wurde aber keine gemeinsame Lösung für das gemeinsame Problem der überschuldeten Banken gesucht, sondern die nationale Verantwortung betont. Das Resultat war, dass beispielsweise mit spanischem und irischem Steuergeld dortige Banken so weit gerettet wurden, dass sie ihre Schulden bei deutschen, französischen und britischen Banken bedienen konnten. Andernfalls hätten auch Berlin, Paris und London überschuldete Banken mit Steuermitteln retten müssen. Danach waren dann Spanien und Irland hoch verschuldet und wurden als Sünder dargestellt, die für Fehlverhalten büßen müssten – dabei hatten ihre Opfer dafür gesorgt, dass Deutschen, Franzosen und Briten eine ähnlich strenge Sparpolitik erspart blieb.

Leider entspricht es einem alten Muster, dass die Regierungen von Mitgliedsländern versuchen, ihren jeweiligen Bürgern Belastungen zu ersparen. Zugleich rechnen sie sich Erfolge selbst an, geben aber „Brüssel“ die Schuld, wenn Bürgern etwas zugemutet wird. Auch die Europäische Zentralbank wird mittlerweile allzu oft als Sündenbock dargestellt. Eine Lehre der Euro-Krise ist,

dass wir auch in Europa gemeinsame Lösungen für gemeinsame Probleme brauchen – und das erfordert bei gemeinsamer Geldpolitik auch stärkere Vergemeinschaftung der Wirtschafts- und Sozialpolitik. Zugleich müssen wir darauf achten, dass europäische Institutionen nicht propagandistisch schlechtgemacht werden. Brexit ist auch eine Folge davon, dass rechtskonservative Kreise über Jahrzehnte gegen die EU Stimmung gemacht haben. Mit Blick auf die EZB lassen sich solche Tendenzen zuweilen auch hierzulande erkennen. Bislang nimmt die deutsche Öffentlichkeit kaum wahr, dass die Bundesrepublik von der Währungsunion erheblich profitiert. Ohne den Euro hätten wir einen viel höheren Wechselkurs. Diese Dinge machen Japan und der Schweiz schwer zu schaffen – und das sind Länder mit ähnlich strukturierten Volkswirtschaften.

Taugt die EU eigentlich als Vorbild für supranationale Politikgestaltung?

So wurde sie jedenfalls vor nicht allzu langer Zeit noch gesehen. Angesichts ihrer großen internen Probleme wirkt ihr Vorbild aber heute nicht überzeugend. Europa kommt mir zurzeit wie ein „taumelnder Kontinent“ vor. Diese Worte hat der Historiker Philipp Blom benutzt, um Europa in den Jahrzehnten vor dem Ersten Weltkrieg zu kennzeichnen. In vieler Hinsicht war die Lage zwischen 1890 und 1910 ähnlich wie heute. Es gab große Umbrüche in Gesellschaft, Industrie und Wissenschaft. Darauf folgte dann von 1914 bis 1945 eine Periode des zerstörerischen Europas – mit katastrophalen Folgen weit über Europa hinaus. Nach dem Zweiten Weltkrieg bis Mitte dieses Jahrzehnts wurde Europa dann tatsächlich zum weltweit interessantesten Laboratorium für grenzüberschreitende Kooperation. Hoffentlich wächst die EU an den aktuellen Krisen.



DIRK MESSNER
ist Ko-Vorsitzender des
Wissenschaftlichen Beirats
Globale
Umweltveränderungen

(WBGU) der Bundesregierung und Direktor des Instituts für Umwelt und menschliche Sicherheit der UN-Universität (UNU-EHS) in Bonn und Vice-Rektor der United Nations University (UNU). Ab Januar 2020 wird er Präsident des Umweltbundesamtes.
messner@ehs.unu.edu

MITTELMEERSTAATEN

Libysche Sicht auf Europa

Libyer haben gemischte Gefühle gegenüber der EU. Sie bewundern die Europäer für das, was sie erreicht haben, fühlen sich aber im Stich gelassen.

Von Moutaz Ali and Walid Ali

Früher bewunderten die meisten Libyer das, was auf der anderen Seite des Mittelmeers geschah. Sie sahen die EU-Länder als Modelle für wohlhabende und gut organisierte Gesellschaften, die den Menschen ein gutes Leben ermöglichen. Im 20. Jahrhundert studierten tausende Libyer an europäischen Universitäten, das Ansehen der EU stieg bei ihren Landsleuten weiter.

Heute halten viele Libyer wenig von der EU. In ihren Augen sind die EU-Mitgliedsländer – besonders Britannien, Frankreich und Italien – für das aktuelle Sicherheitschaos verantwortlich. Eine von europäischen Regierungen geleitete NATO-Intervention machte 2011 den Sturz des Langzeitdiktators Muammar al-Gaddafi erst möglich (siehe Kasten nächste Seite). Aber mit der Sicherheit ist es seither vorbei. Seit fast zehn Jahren kämpfen konkurrierende Milizen um Territorium. Konflikte können immer und überall unerwartet ausbrechen.

Einige bewaffnete Gruppen sind zudem in den Menschenenschmuggel involviert. Viele Menschen aus sub-Sahara-Afrika und verschiedenen arabischen Ländern wollen nach Europa. Seit Libyen Transitland ist, drängen auch immer mehr Libyer nach Europa.

GROSSE HOFFNUNGEN

Überall in Nordafrika interessieren sich die Menschen für Europa. Seit langem möchten die meisten in einer demokratischen Gesellschaft gut leben – was in einer Diktatur natürlich nicht frei geäußert werden darf. Die Aufstände des Arabischen Frühlings offenbarten, wonach sich die unterdrückten Menschen sehnen.

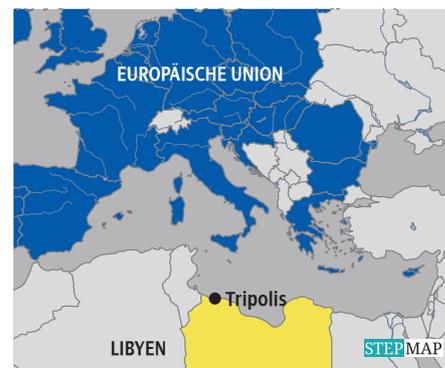
Libyen, Ägypten und Tunesien konnten sich von autokratischen Führern befreien. Es passt ins Bild, dass in diesem Jahr

autoritäre Regime in Algerien und im Sudan vom Volk gestürzt wurden. Die großen Rückschritte in Ägypten, das Sicherheitschaos in Libyen und der brutale Bürgerkrieg in Syrien dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Menschen sich nach Freiheit sehnen. Wir wissen, dass die EU seit langem demokratische Grundsätze predigt. Jetzt sind wir enttäuscht darüber, dass sie sich nicht genügend für die Demokratie einsetzt.

Gaddafi, der von 1969 bis 2011 in Libyen autokratisch herrschte, tat alles, um ein Gefühl der nationalen Einheit zu schaffen und Feindseligkeit gegenüber dem Westen zu fördern. Aber das gelang ihm nicht. Mohamed Omar, ein pensionierter Ingenieur, sagt: „Gaddafi vermittelte einen falschen Eindruck. Für die Libyer war die EU kein Feind.“

Omar studierte als junger Mann in Deutschland und war vom „gut organisierten und fortschrittlichen“ Lebensstil begeistert. Damals hoffte er, Libyen werde eines Tages auch so. Das Land habe viel Zeit verloren, meint er und hofft auf eine engere Verbindung zur EU. Für die aktuelle Lage macht er „Gaddafis dumme Ideen und den verheerenden Bürgerkrieg“ verantwortlich.

Viele andere sehen aber heute zumindest eine Teilschuld bei den Regierungen europäischer Staaten. Denn statt Bodentruppen zu stationieren, haben sie ein von



Gewalt zerrüttetes Land seinem Schicksal überlassen.

MIGRATION VERSCHÄRFT PROBLEME

Die Flüchtlingskrise verschärft die Probleme. Immer mehr Libyer wollen nach Europa, aber ohne Visa gibt es keine sicheren Wege. Libyer neigen dazu, die europäische Berichterstattung als verzerrt zu betrachten, weil Libyer oft als Verbrecher dargestellt werden statt als von Gewalt bedrohte Menschen. Europäische Spitzenpolitiker wollen, dass die Flüchtlinge in Libyen bleiben. Werden diese hier dann misshandelt, geben sie uns die Schuld. Begreifen die Europäer nicht, dass die libysche Staatlichkeit extrem fragil ist? Das allein verursacht großes Leid.

Die sechsjährige Sajida leidet unter einer seltenen Bluterkrankung. Als sie eine in Libyen nicht erhältliche Knochenmarktransplantation brauchte, wollte ihr Vater mit ihr nach Europa. „Ich habe mehrfach ein Visum beantragt, es wurde aber immer abgelehnt“, erzählt er. „Sie hatten



Notleidende Flüchtlinge auf dem Meer vor Libyens Küste Anfang 2018.

wohl Angst, ich könnte die Kosten für die Behandlung nicht tragen.“

2016 beschloss er, mit seiner Tochter in einem kleinen Schlauchboot nach Europa zu fahren. Nach 33 Stunden auf dem Meer griff sie ein Schiff der italienischen Küstenwache auf und brachte sie nach Sizilien, wo das Mädchen die lebensrettende Behandlung erhielt.

Andere haben weniger Glück und überleben den Versuch nicht, das Mittelmeer in schäbigen Booten zu überqueren. Dennoch wollen immer mehr Libyer weg von Gewalt und Gesetzlosigkeit. Sie hoffen auf Asyl in Europa.

Das Paradoxe ist, dass Libyen in der europäischen Geschichte als Tor zu Afrika gesehen wurde. Nun sehen die Afrikaner es als Tor zu Europa. Auch wenn die EU und das Gaddafi-Regime offiziell Gegner waren, arbeiteten sie doch in einigen Bereichen zusammen, etwa bei der Überwachung und Einschränkung der illegalen Migration.

Im Chaos nach Gaddafis Sturz war dann keine politische Kraft mehr in der Lage, zum effektiven Regierungspartner für die EU zu werden. Libyen ist heute ein Transitland mit durchlässigen Grenzen und ineffektiven Behörden.

Der libysche, auf Migration spezialisierte Journalist Zuhier Abusewil sagt: „Libyer können Afrikaner verstehen, die für ein besseres Leben nach Europa fliehen wollen.“ Deshalb teilen sie die europäischen Sorgen nicht.

Die Migration hat große Nachteile, findet der Journalist: „Libyen ist leidtragend, weil es weitgehend auf ausländische Arbeitskräfte angewiesen ist.“ Jetzt wollen Ausländer nicht mehr in Libyen bleiben. Die Löhne sind gestiegen, es mangelt an Arbeitskräften.

Das größte Problem aber ist das organisierte Verbrechen. Menschenschmuggler erwirtschaften hunderte Millionen von Euro. Lokale Banden haben sich mit bewaff-

neten libyschen Milizen und Mafia-Cliquen aus Italien und Malta zusammengetan.

Das nach der NATO-Intervention entstandene Machtvakuum hat die Sicherheit untergraben und eine lukrative illegale Branche hervorgebracht. Mit den EU-Standards, auf die die Menschen nach Gaddafis Sturz gehofft hatten, hat der libysche Alltag wenig zu tun. Nun prägt diese Differenz die libysche Sicht auf Europa.



MOUTAZ ALI
ist Journalist und lebt in
Tripolis, Libyen.

ali.moutaz77@gmail.com



WALID ALI
ist sein Bruder und Forscher.
Er hat einen Master in
Internationalen Beziehungen.

Enttäuschung über EU-Politik

Für Libyer war 2011 weniger das Jahr der Befreiung als vielmehr der Beginn des anhaltenden Bürgerkriegs. Sie sind sich uneins darüber, ob die NATO-Intervention legitim war oder nicht, aber völlig einig darüber, dass sie permanente Unsicherheit gebracht hat.

Mehrere EU-Mitgliedstaaten – besonders Großbritannien und Frankreich – hatten erheblichen Einfluss auf den Beschluss des UN-Sicherheitsrates im März 2011, eine Flugverbotszone über Libyen zu verhängen. Der Sicherheitsrat glaubte, Diktator Muammar al-Gaddafi so daran zu hindern, mit voller militärischer Gewalt gegen den Volksaufstand vorzugehen. Westliche Sicherheitsratsmitglieder billigten den Beschluss mit Ausnahme Deutschlands, das sich mit Russland, China und Brasilien der Stimme enthielt.

Derweil machte sich Gaddafi daran, jegliche Opposition brutal zu unterdrücken. Europäische Politiker – der damalige Präsident von Frankreich, Nicolas Sarkozy, und der damalige britische Premierminister David Cameron etwa – insistierten daher auf R2P (Responsibility to Protect), das Schutzverantwortungsprinzip der UN. Es verlangt, dass die Bevölkerung in Bürgerkriegen geschützt wird. Daraufhin führte die NATO mit einem Mandat des Sicherheitsrats ihren Einsatz durch. Untypischerweise überließ die US-Regierung den europäischen Partnern die Führung dieser Mission.

Der pensionierte libysche Diplomat Mohamed Khaifah Elakrout sagt, „die libysche Elite akzeptierte die westliche Intervention weitgehend, weil sie glaubte, der langjährige Diktator könne nur mit Hilfe von

außen gestürzt werden“. Sie hätten die Konsequenzen aber falsch eingeschätzt und nicht mit einem langen Bürgerkrieg gerechnet.

Heute glauben viele, bei der Intervention sei das R2P-Mandat absichtlich überschritten worden. Statt lediglich Gaddafis Luftwaffe zu blockieren, habe die NATO Rebellen aktiv unterstützt. Viel meinen, dass die Militäraktion, die zu Gaddafis Sturz führte, europäischen Eigeninteressen diene. Einige Libyer lehnten die Intervention auch von Anfang an ab.

Im Allgemeinen besteht Einigkeit darüber, dass die internationale Gemeinschaft und die westlichen Mächte hinsichtlich des Schutzverantwortungsprinzips versagt haben. Sie unterstützten den politischen Übergang nach Gaddafis Tod nicht angemessen und ließen das Land in einen Bürgerkrieg abdriften.

Natürlich halfen die EU-Mitglieder 2015 dabei, das sogenannte „Libysche Politische Abkommen“ zu verwirklichen.

Allerdings hat dieses Friedensabkommen weder alle wichtigen Fragen geklärt, noch für wirksame Umsetzung gesorgt.

Dem libyschen Journalisten Ahmed Almagassaby zufolge, tragen die EU-Mitglieder einen Teil der Schuld. Dass Libyen heute so polarisiert sei, liege unter anderem daran, dass verschiedene EU-Länder unterschiedliche Prioritäten gehabt hätten: „Diese widersprüchlichen Einflüsse haben 2015 zu einer mangelhaften Einigung geführt.“ Zudem zeichne sich immer deutlicher ab, dass Italien und Frankreich in Libyen unterschiedliche Ziele verfolgten und entsprechende Allianzen mit lokalen Akteuren eingingen.

Weil die EU in ihrer Außenpolitik nicht einig ist, leidet Libyen. Was die libyschen Politiker angeht, so beschuldigt Almagassaby sie, nicht im öffentlichen Interesse zu handeln, sondern sich opportunistisch an die Seite verschiedener EU-Länder zu stellen. ma/wa



Die deutsche Delegation unter Konrad Adenauer (links) auf der Konferenz 1957 in Rom, bei der die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft und Euratom gegründet wurden.

GESCHICHTE

Spätzünder mit wachsender Bedeutung

Elegant dekonstruiert der Historiker Kiran Klaus Patel die Gründungsmythen der Europäischen Union (EU). Für deren Rollen als Friedensgarant, Wohlstandsmotor und potenzielle Weltmacht gab es nie einen groß angelegten Plan. Die EU entwickelte sich vielmehr inkremental, indem sie auf Krisen reagierte.

Von Hans Dembowski

Patels Buch „Projekt Europa“ erschien im vergangenen Jahr bei C.H. Beck. Der Autor ist Geschichtswissenschaftler an der Universität Maastricht und behandelt gut nachvollziehbar die Beiträge der EU zu Friedenskonsolidierung, Wohlstandsentwicklung und Gestaltung der Weltordnung. Er belegt aber auch, dass diese Rollen bei ihrer Gründung kaum angestrebt wurden.

Im Folgenden wird kurz skizziert, was Patel zu den drei eben genannten Rollen schreibt. Für die Versöhnung des vom Krieg

gebeutelten Europa war die EU seiner Meinung nach zwar wichtig, aber eine entscheidende Rolle spielte sie zunächst nicht. Nach 1945 entstanden viele verschiedene, internationale Organisationen, die sich um Frieden in Europa bemühten, aber die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EG), die der erste Vorläufer der EU war, entstand erst ein Jahrzehnt später. Sie diente vor allem ökonomischen Interessen und hatte lediglich sechs Mitglieder – Westdeutschland, Frankreich, Italien, Belgien, die Niederlande und Luxemburg. 1957 bündelten diese Länder auch ihre Atompolitik (Euratom) und etablierten eine Wirtschaftsgemeinschaft. Erst Ende der 1950er Jahre wurden daraus die Europäischen Gemeinschaften, die später dann im Singular „Europäische Gemeinschaft“ genannt wurde und aus der in den 1990ern die EU hervorging. Euratom galt lange als die wichtigste der drei Gemeinschaften.

Was Frieden angeht, war ihre Rolle nicht eindeutig, schreibt Patel. Das kleine

westeuropäische Bündnis stärkte einerseits Vertrauen und Kooperation unter den Mitgliedstaaten und machte sogar aus den ehemals tief verfeindeten Ländern Deutschland und Frankreich enge Verbündete. Andererseits betrachteten die Sowjetunion und der gesamte Ostblock die EU als bedrohliche Stärkung der Westmächte. In den frühen 1980er Jahren änderte sich diese Wahrnehmung, denn die EU bestand auf der Beibehaltung der Handelsbeziehungen zum Ostblock und milderte so den Eskalationskurs Washingtons im wieder intensiver werdenden Kalten Krieg.

Zum wichtigen Friedensstifter wurde die EU in Patels Augen erst in den 1990er Jahren, indem sie nach dem Kollaps der Sowjetunion den osteuropäischen Ländern Perspektiven bot. Die Osterweiterung der EU war für die friedliche Transformation enorm wichtig gewesen.

Ökonomisch relevant war die EU Patel zufolge auch immer, allerdings war das Bündnis in den frühen Jahren kein Wachstumsbeschleuniger. Vielmehr expandierten die Volkswirtschaften ohnehin schnell, weil der Wiederaufbau nach dem Krieg und neue Technik Chancen boten. Die nationalen Regierungen nutzten die EG aber, um schwierige Übergänge zu managen. So federten die vergemeinschafteten Agrarsubventionen den Strukturwandel im ländlichen Raum und seine Auswirkungen auf kleine Famili-

enhöfe ab, die kaum überlebensfähig waren. Die innereuropäische Migration, besonders von Südtalien in industrialisierte Städte der nördlichen Mitgliedsstaaten, erwies sich als ähnlich wertvoll. Sie federte soziale Spannungen ab und half Engpässe auf dem Arbeitsmarkt zu vermeiden.

Was das Streben der EU nach einer Weltmachtstellung angeht, arbeitet Patel präzise aus, dass Pragmatismus diesen Ehrgeiz immer gedämpft hat und dass die USA die regionale Verflechtung in Europa aus geostrategischen Gründen unterstützten. Selbst wenn „Brüssel“ im Kalten Krieg für Washington manchmal ein schwieriger Partner war, diente der stabilisierende Einfluss der EU auf Westeuropa immer auch den Interessen der USA. Donald Trump ist der erste US-Präsident, der sich offen ablehnend gegenüber der EU äußert.

Im Lauf der Jahre wurde die EG/EU zu einer wichtigen Wirtschafts- und Handelsmacht mit wachsendem Einfluss auf andere Politikfelder. Vor allem im Bereich der Entwicklungshilfe (official development assistance – ODA) war das früh ersichtlich. Ein erheblicher Teil der Fördermittel der Mitgliedsstaaten fließt über die EU an die Entwicklungsländer. Die Nationalstaaten verfolgen zwar eigene Entwicklungsziele, doch die gemeinsame Finanzierung macht die EU zu einem ernst zu nehmenden Partner. Wie Patel zeigt, trug die EU auch viel dazu bei, die Kolonialherrschaft zu überwinden. Die Rhetorik wandelte sich von arroganter Herrschaftsattitüde zu Partnerschaft auf Augenhöhe. Das ist selbst dann wichtig, wenn nicht jedes Versprechen erfüllt wird.

Andererseits spielt die EU in manchen Politikfeldern keine wirkliche Rolle. Auffällig ist das in der Sicherheitspolitik. Die NATO ist offensichtlich viel wichtiger, wie Patel schreibt. Er geht aber nicht darauf ein, dass die EU-Mitgliedschaft auch innerhalb der NATO relevant ist und Regierungen stärkt. Ihre Spitzenpolitiker kennen sich, sind gewöhnt, Absprachen miteinander zu treffen, und neigen eher dazu, gemeinsame Interessen zu verfolgen als nur engverstandene nationale Vorteile zu suchen, wie das in der Vergangenheit der Fall war.

WAS DIE EU STARK MACHTE

Es gibt wichtige Gründe dafür, dass aus drei Partikulargemeinschaften mit sechs Mitgliedern die dominante, supranationa-



Mit ihr als Präsidentin muss die Europäische Kommission große Herausforderungen bestehen: Ursula von der Leyen ist die erste Frau und erst die zweite deutsche Staatsbürgerin an der Spitze der EU-Verwaltung.

le Organisation Europas wurde, die nun als globales Modell für Regionalintegration gilt. Laut Patel unterscheiden sich die EU und ihre Vorläuferorganisationen von anderen internationalen Bündnissen in folgenden entscheidenden Punkten:

- Es ging nie nur um die intergouvernementale Abstimmung, sondern es gab von Anfang an starke supranationale Ansätze mit gemeinsamer Verwaltung, Gesetzgebung und Rechtsprechung. Jede Gemeinschaft wurde von einer Kommission verwaltet, und diese wurden später zu einer einzigen Kommission verschmolzen. Alle Mitglieder mussten und müssen verbindliche, gemeinsame Rechtsvorschriften umsetzen, und der Europäische Gerichtshof sorgt für die Einhaltung. Diese supranationalen Dimensionen machen die EU besonders stark.
- Entscheidend war zudem die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft. Sie war lange die wichtigste Gemeinschaft, denn sie erforderte die Koordination aller marktrelevanten Regulierungen. Derlei ist im Leben der Menschen unmittelbar wirksam. Entsprechend groß war und ist die Aufmerksamkeit von Wirtschaft, Gewerkschaften und Zivilgesellschaft. Die Bürger der Mitgliedsländer spürten folglich die Bedeutung der EG/EU.

Patel zufolge stellte der Spätzunder unter den internationalen Organisationen aus diesen Gründen nach und nach alle Konkurrenten in den Schatten. Die Europäische Freihandelsassoziation (EFTA) etwa war weniger dynamisch, weshalb Großbritannien, Irland und Dänemark in den frühen 1970er Jahren ausstiegen und zur EU überwechselten. Der EU traten danach noch

viele weitere Staaten bei. Trotz des Brexit-Referendums hat sich die EU als erstaunlich belastbar erwiesen.

Patel nennt den Grund: die Mitglieder reagierten immer wieder auf Krisen und entwickelten so die frühen Europäischen Gemeinschaften der 1950er Jahre zur heutigen EU fort. Auf die Dramen neueren Datums wie Brexit, Flüchtlingszugstrom oder Euro-Krise geht der Autor nicht ein. Er zeigt aber, was die EU so stabil macht: Sie dient den Interessen ihrer Mitgliedsstaaten, wobei die Institutionen und Entscheidungsprozesse flexibel genug sind, um auf neue Herausforderungen zu reagieren. Patel stellt die Geschichte der EU als Serie erfolgreicher Reaktionen auf Krisen dar – und nicht als konsequente Umsetzung eines rigiden Masterplans.

Die EU ist eine komplexe und vielschichtige, überstaatliche Organisation, in der nationale Regierungen immer noch eine große Rolle spielen. Die Mitgliedschaft in der EU erleichtert ihnen vieles. Patel äußert die auf Erfahrung beruhende Hoffnung, die EU werde nicht auseinanderbrechen, sondern sich zu einer noch bedeutenderen supranationalen Organisation weiterentwickeln. Wie in der Vergangenheit wird das dem Autor zufolge aber eher in vagen Kompromissen und plötzlichen Innovationen geschehen, als Ausdruck großer Prinzipien sein.

BUCH

Patel, K. K., 2018: Projekt Europa. München: C.H. Beck.

Die englische Übersetzung („Project Europe“) erscheint im April 2020 bei Cambridge University Press.

Die ländlichen Gegenden müssen attraktiver werden, es braucht bessere Infrastruktur und Beschäftigungsmöglichkeiten, damit die Menschen bleiben oder sogar zurückkommen: Hirseernte im Senegal. **Seite 13**



Foto: Gilling/Linear